

**S** EIT 1966 BIN ICH Diözesanbischof in Nova Iguaçu. Stadt und Diözese liegen in der Bannmeile Rios. Es ist ein ganz kleines Gebiet, 1850 Quadratkilometer, aber mit einer dichten Bevölkerung, über zwei Millionen Menschen ... Die Einwohnerzahl des Bistums wuchs in 10 bis 12 Jahren um 12% pro Jahr, aber nicht durch Geburtenüberschuß, sondern mehr durch Zuwanderung aus den Agrargebieten. Meistens kommen strebsame junge Leute, die in der Landwirtschaft keine Aussicht haben, voll Hoffnung in die Großstädte Rio oder São Paulo. Die meisten Leute, die bei uns wohnen, arbeiten in Rio de Janeiro. In Nova Iguaçu fahren die Leute vielfach schon um 3 Uhr morgens von zu Hause weg und kehren erst um 21 Uhr oder 22 Uhr zurück. So können Sie sich ungefähr vorstellen, wie schwer es für uns ist, an diese Leute heranzukommen und sie zu erfassen. Wir haben nur am Samstagnachmittag oder am Sonntag die Gelegenheit dazu.

## Bischof und Prophet

Was also bezweckt die pastorale Arbeit dieses Bistums? Wir gehen vom Glauben aus und verfolgen das Ziel der Bewußtseinsbildung der Menschen. Das ist der springende Punkt. Die Menschen werden zum kritischen Sinn erzogen, so daß sie nicht mehr so leicht manipuliert werden können. Die Menschen werden erzogen zur Analyse des sozialen Prozesses, zur Mitverantwortung und zum Einsatz. Sie werden erzogen zu Einheit und Einigkeit, zum Widerstand gegen die Ausbeutung. Und das aus dem Glauben heraus, wie es das Beispiel sagt: «Geh hin und befreie mein Volk und führe es aus Ägypten!» Daher die Spannung zwischen Kirche und Staat, zwischen Kirche, Behörden und einigen Priestern oder Laien.

Welche hauptsächlichsten Werte werden bei dieser Bewußtseinsbildung vermittelt? Wir schöpfen immer wieder Impulse für die Pastoral aus dem Evangelium als ganzheitliches Tun unserer Kirche. Folgende Momente unseres Glaubens werden u. a. mehr betont: Gottes Plan über die Welt und die Menschen ist ein Liebesplan. Gott ist Vater. Wir sind Kinder Gottes, Brüder unter uns. Jesus Christus ist unser Bruder, unser Erlöser und Befreier. Die Erlösung und Befreiung, die Jesus Christus uns brachte durch seine Lehre, durch sein Leben, durch seinen Tod und seine Auferstehung, erfaßt den ganzen Menschen und alle Menschen, erfaßt den Menschen als Person und die Gesellschaft. Die sozialen Mißstände unserer Gesellschaft sind nicht Gottes Wille, sondern eine himmelschreiende

Kollektivsünde oder eine unchristliche Unterjochung, die nach Erlösung und Befreiung schreit. Gott braucht uns und realisiert seinen Liebesplan durch uns. Wir tragen die Verantwortung. Wir sind Träger des prophetischen Amtes Jesu Christi und seiner Kirche. Und zu diesem prophetischen Amt, das auch vom Geheimnis des Kreuzes gekennzeichnet ist, gehören kritische Haltung und das Zeichen der Hoffnung, d. h. die mutige Anprangerung der sozialen Mißstände in Staat und Kirche. Ich glaube, die Kirche ist nur glaubwürdig, wenn das prophetische Amt auch innerhalb der Kirchenmauern gebraucht wird: Daß wir uns immer wieder fragen, was ist nicht in Ordnung innerhalb unserer Kirche, unserer Strukturen, unserer Arbeiten. Diese Seite des prophetischen Amtes könnte so zusammengefaßt werden: So geht es nicht! So ist es nicht Gottes Wille! Die andere Seite ist der hoffnungsvolle Hinweis auf die Ziele der Hoffnung: die Möglichkeiten einer besseren Gesellschaftsordnung zu sehen. Es kann doch besser werden! Wir können es anders machen! Was die Methode angeht, so müssen wir sagen, daß wir keine Gewalt anwenden dürfen, es sei denn die moralische Gewalt wie z. B. durch Streiks und Protestaktionen; aber eine blutige Gewalt können wir als Christen nicht vertreten. Wir müssen alle Chancen nutzen, um Stellung für die Menschenrechte zu beziehen, um die Armen, die Verfolgten und die Leidenden zu verteidigen. Das ist gelebte und erlebte Theologie der Befreiung. Das ist Pastoral als Dienst an dem unerlösten, versklavten, ausgebeuteten Mitbruder und Mitmenschen. Das ist Erlösung. Das ist Frohbotschaft, und das ist wenigstens für uns Lateinamerikaner die Kirche.»

*Bischof Adriano Hypólito*

Aus: Christenverfolgung in Südamerika. Zeugen der Hoffnung. Hrsg. von Martin Lange und Reinhold Iblacker SJ. Herderbücherei Nr. 770, Freiburg/Br. 1980 (190 S., DM 7,90). - Dieses Büchlein bringt Texte aus Briefen, Tagebüchern, Predigten und andere Zeugnisse von Opfern der Verfolgung, die gleichzeitig stellvertretend für unzählige andere Laien, Ordensleute und Priester stehen. *Karl Rahner* führt in einem Nachwort aus, warum es berechtigt ist, hier von «Martyrien» zu reden, und er fragt dann, wie man angesichts dieser Berichte «die Theologie der Befreiung in Bausch und Bogen als modernen Säkularismus ablehnen» könne.

Der hier abgedruckte Text stammt aus einem Vortrag über «Hoffnung der Armen», den Bischof Adriano Hypólito am 26. November 1978 in München gehalten hat. Der Bischof mußte die Schmähungen einer zynischen Gewaltherrschaft am eigenen Leib erfahren, als er 1976 von der parapolizeilichen «Brasilianischen antikomunistischen Allianz» in der Bannmeile von Rio geschlagen, gefoltert, vollständig entkleidet, mit roter Farbe bestrichen und an einem einsamen Ort liegen gelassen wurde (vgl. Orientierung 1977, Nr. 10, S. 115). Er gehört zu jenen bürgerlichen Christen, die angesichts des Evangeliums mit sich selber in Widerspruch geraten sind und sich von den Armen haben bekehren lassen.

## ZEUGNIS

**Bischof Hypólitos Selbstverständnis:** Christenverfolgung am eigenen Leib erfahren - Gelebte Prophetie zur Bewußtseinsbildung eines unterdrückten Volkes - Aus einem lateinamerikanischen Martyrologium unserer Zeit.

## BASKEN

«**Baskenproblem**» (I) - Sprache und Kultur eines alten Volkes: Vor den Wahlen für das «Baskische Parlament» - Kontext: Mitbestimmende Minderheiten in einem föderalistischen Europa? - Neues Autonomiestatut kaum ein «Friedensvertrag» - Geschichte: Eigenständige Lebensformen; Identität von der heute bedrohten baskischen Sprache geprägt - Eher pragmatische als ästhetische Kultur - Aber reiche mündliche und schriftliche Tradition - Heutiger Generationenbruch: Übertragung des Absoluten von Gott auf das Vaterland?

*I. Cacho Nazabal, San Sebastián  
T. Auzmendi, Frankfurt a. M.*

## KIRCHENPOLITIK

**Niederländische Sondersynode:** Versuch, einen Bischof aus dem Schmolllwinkel zu locken - Neue Form der Konfliktbewältigung - Das Stichwort «Communio» kennt weder Sieger noch Besiegte - Restriktive Informationspolitik - Bischöfe und Kurie: Die Spannung Holland-Rom - Wird die Ortskirche einer Dauerkontrolle unterzogen? - Unbedingter Vorrang des zölibatären Priestertums vor der Laienmitarbeit - Hart im Prinzip, flexibel in der Anwendung - Ausklammerung von 15 Jahren lebendiger Entwicklung?

*Ludwig Kaufmann*

## INDIEN

**Indira Gandhis Rückkehr an die Macht:** Deutung des Wahlergebnisses - Einfluß der politischen Großwetterlage - Warum scheiterte die Janata-Partei? - Die Rolle der Kastenlosen - Kurzes Gedächtnis der Massen für Indiras frühere Fehler - Künftige Politik: Beziehungen zur Sowjetunion und amerikanische Aufwertung Pakistans - Klare Prognosen für die Wirtschaft, unklare für die Innenpolitik.

*Aloysius Fonseca, New Delhi / Rom*

## RELIGIONSGESCHICHTE

**Zum chinesischen Mythos der Trennung von Himmel und Erde:** «Wie sollten Himmel und Erde einander nahe sein?» - Eine uralte Überlieferung, die eine grundlegende Wende im Selbstverständnis des Menschen widerspiegelt - Wie entstanden Obrigkeit, Ranggesellschaft und Staat? - Symbolisch Verschlüsseltes historisch in fünf Phasen gedeutet - Der hohe Preis der «Hochkulturen» - Religionsgeschichte ist auch Sozialgeschichte.

*Jean-Pierre Voiret, Thalwil*

# VOLK, SPRACHE UND KULTUR DER BASKEN

Am 9. März finden im Baskenland – genauer in den Provinzen Araba, Bizkaia und Gipuzkoa – die Wahlen zum sogenannten «Baskischen Parlament» («*Parlamento Vasco*») statt. Dieses Parlament ist eine erste konkrete Folge des am 25. Oktober 1979 von einer Mehrheit des baskischen Volkes akzeptierten Autonomiestatuts. Brisant werden die Wahlen vom 9. März dadurch, daß hier zum erstenmal die faktischen politischen Kräfteverhältnisse im Baskenland klar an den Tag kommen werden. Insbesondere wird sich zeigen, mit wieviel Rückhalt die der ETA nahestehende Parteienkoalition *Herri Batasuna* in der Bevölkerung rechnen kann.

Über die Hintergründe der heutigen Entwicklung, über Geschichte und Kultur des Baskenlandes und über den gegenwärtigen Kampf der Basken um die Wiedergewinnung ihrer nationalen Identität berichten – als engagierte Mitbetroffene – zwei baskische Jesuiten: *Iñaki Cacho Nazabal* (47), der an der Jesuitenuniversität von San Sebastián Philosophie und Theologie doziert, und *Txema Auzmendi* (30), der z. Z. an der Phil.-Theol. Hochschule Sankt Georgen in Frankfurt sein theologisches Lizentiat abschließt. – Die Übersetzung aus dem Spanischen besorgten Ludwig Scherzmann und Clemens Locher. Red.

Wenn man an «das baskische Problem» herangeht, darf man den Rahmen, in den es hineingehört, nicht aus den Augen verlieren: die Realität zweier Nationalstaaten – Spanien und Frankreich – im Schoß einer Europäischen Gemeinschaft (EG), die sich auf dem Weg zu ihrer politischen und wirtschaftlichen Einheit befindet. Gleichzeitig mit diesem europäischen Einigungsprozeß melden sich die nationalen Minderheiten auf der europäischen Landkarte (z. B. Bretonen, Korsen, Okzitanier, Elsässer, Katalanen und Basken) immer vehementer und entschiedener zu Wort.<sup>1</sup> Diese Bewegungen stellen gerade das politisch-ökonomische Modell Europas, das man offiziell durchsetzen will, in Frage.

Die Stellungnahme eines hohen EG-Beamten, des Italieners *Riccardo Petrella*, mag uns helfen, unser Thema klarer zu bestimmen. Auf die Frage eines Journalisten, ob das Wiedererstehen der nationalen Minderheiten mit der im Gang befindlichen europäischen Integration zu vereinbaren sei, gab er zur Antwort: «Nicht nur ist es damit vereinbar, sondern es ist sogar eine absolut unumgängliche Bedingung für die Verwirklichung der europäischen Idee, die auf den fundamentalen Prinzipien unserer eigenen Zivilisation beruht: Mitbestimmung (*participación*), Freiheit, Gerechtigkeit, Achtung vor den eigenständigen Teilbereichen der europäischen Kultur. Es ist unmöglich, ein Europa aufzubauen, das auf dem Übergewicht einiger weniger beruht – nämlich auf dem Übergewicht nur der Kulturen, die sich als dominant oder vorrangig betrachten – und das sich nur auf deren hierarchische und diskriminierende Beziehungen zu den jeweiligen Minderheiten stützt. Aber es ist leider auch wahr, daß sich das einzig mögliche und wünschbare Europa – ein *föderalistisches Europa*, das auf den Prinzipien territorialer Demokratie gründet – noch nicht am Horizont abzeichnet.» (El País vom 13.9.79).

## Das Autonomiestatut: ein «Friedensvertrag»?

Das sogenannte baskische Problem<sup>2</sup> ist kein *endogenes* Problem: es hat seine eigentlichen Wurzeln nicht im baskischen Volke selbst, denn dieses zweifelt keineswegs an seiner ethnischen Identität, die es von jener der übrigen Völker des spanischen und des französischen Staates unterscheidet. Es handelt sich um ein von den Machtzentren in Madrid und Paris her «importiertes» Problem: im Laufe eines geschichtlichen Prozesses ist es dadurch entstanden, daß das Volk immer mehr den politischen Strukturen, die seine Identität garantierten, entfremdet wurde.

In den letzten Jahren hat sich um dieses Problem ein solches Maß an Konfliktstoff angesammelt, daß – nach allgemeiner Annahme – die Zukunft der spanischen Demokratie von der positiven oder negativen Lösung der baskischen Streitfrage abhängt. Am 25. Oktober 1979 wurde in drei Provinzen des

<sup>1</sup> Vgl. die inzwischen klassische Darstellung von *G. Héraud*, *L'Europe des ethnies*, Presses d'Europe, Paris 1963.

<sup>2</sup> Zum Thema des ganzen Artikels gibt es jetzt ein interessantes deutschsprachiges Taschenbuch (mit einem leider sehr unglücklichen Titel): *W. Herzog* (Hrsg.), *Terror im Baskenland – Gefahr für Spaniens Demokratie?* hororo aktuell Nr. 4523, Rowohlt, Reinbek bei Hamburg 1979. Besonders hilfreich sind die Dokumente (S. 121–132) und die Beiträge von *J. Lang* (S. 31–66).

Baskenlandes (Araba, Gipuzkoa, Bizkaia)<sup>3</sup> das Referendum über das sogenannte Autonomiestatut durchgeführt. Dieses Statut könnte – mit den Worten des aus Navarra stammenden Politikers *K. Garaikoetxea* (Präsident des «Consejo General Vasco» und der «Partido Nacionalista Vasco», PNV) – «nach 150 Jahren des Nicht-Verstehens seitens der Madrider Zentralgewalt dem baskischen Volk gegenüber als eigentlicher *Friedensvertrag* bezeichnet werden. Tatsache ist aber, daß sowohl das Abstimmungsergebnis (welches wir im 2. Teil des Artikels analysieren werden) wie die Fortsetzung des bewaffneten Kampfes durch die Organisationen der ETA («ETA militar» und «ETA politico-militar») und durch die sogenannten «Comandos Autónomos» diesen «Friedensvertrag» aus verschiedenen Gründen in Frage stellen. Schon vor dem Referendum hatte der Kongreßabgeordnete *F. Letamendia*<sup>4</sup> öffentlich erklärt: «Das Statut leugnet ausdrücklich die *Souveränität von Euskadi*, wenn es sich zur unauflöselichen Einheit des spanischen Vaterlandes bekennt. Nur ein Statut mit nationalem Charakter – und nicht dieses Statut, das aus der spanischen Verfassung hervorgeht – wäre die Grundvoraussetzung, um den Frieden des baskischen Volkes zu erlangen.»

All das läßt nicht darauf schließen, daß im Baskenland in absehbarer Zeit ein Zustand politischer Stabilität eintreten wird. Der Leser wird sich nun vielleicht fragen: Wie begründet das baskische Volk sein Recht, nationale Autonomie, ja sogar nationale Unabhängigkeit zu fordern? Die Antwort auf diese Frage macht einen kurzen Rückblick auf die baskische Geschichte notwendig.

## Euskalherria, «das Volk der Basken»

*Euskalherria* ist ein paradoxes Volk. Sein geographisch auf 20657 km<sup>2</sup> eingeschränktes Gebiet kontrastiert mit der Dichte seiner Bevölkerung (3 Millionen Einwohner) und dem hohen Bewußtsein, ein ethnisch eigenständiges Volk zu bilden.

Das Baskenland (vgl. *Karte*) wird durch die westlichen Pyrenäen in zwei Hälften geteilt: *Ipar-Euskalherria* (=Nordbaskenland), eingegliedert in drei Regionen des französischen Départements «Pyénées-Atlantiques» (Lapurdi, Behenafarroa und Zuberoa), und *Hego-Euskalherria* (=Südbaskenland), gebildet aus vier Provinzen des spanischen Staates (Araba, Bizkaia, Gipuzkoa und Nafarroa). «Zazpiak, bat» («die Sieben – eins») lautet der Wahlspruch auf dem alten Wappen von Euskalherria.

Die *Ursprünge* des Baskenvolkes reichen tief in die Vergangenheit zurück. Seine ersten Spuren stammen aus der jüngeren Altsteinzeit (50000 v. Chr.), am Ende der Jägerkultur. «Wir können heute auf Grund des aktuellen wissenschaftlichen Standes sicher annehmen, daß in der westlichen Pyrenäenzone eine Rasse lebte, die mit der von Cro-Magnon (in der Magdalénien-Periode) verwandt war, und die auf ihrer letzten Stufe bereits gewisse Charakterzüge aufwies, die im heutigen Baskentypus weiterleben.» (*J.M. Barandiaran*, baskischer Paläontologe). Der Baske wäre also ursprungsmäßig eine lokale Weiterbildung des Cro-Magnon-Menschen.

Die *territoriale Ausbreitung* dieser Rasse unterlag im Laufe der Geschichte einem ständigen Auf und Ab. Im Mittelalter (11. Jh.) dehnte sie sich vom heutigen Aquitanien im Norden bis zur Bureba Burgalesa bei Burgos im Süden und von Santoña (Santander) im Westen bis Jaca (Huesca) im Osten aus. Außer dem allen gemeinsamen Gebrauch ihrer Sprache (des *Euskara*)

<sup>3</sup> Für die Eigennamen wurde in diesem Artikel gewöhnlich die baskische Schreibweise verwendet, also z. B. Gipuzkoa (span. Guipúzcoa), Gernika (span. Guernica), Baiona (franz. Bayonne). Eine Ausnahme bildet dabei vor allem die Karte auf S. 27, die wir dem in Anm. 2 erwähnten Buch (S. 124) entnehmen.

<sup>4</sup> F. Letamendia vertritt im Madrider «Congreso» (der großen Kammer des spanischen Parlaments) die Parteienkoalition *Herri Batasuna* («Volkseinheit»), die für ein unabhängiges Baskenland kämpft. Diese Koalition steht politisch der «ETA militar» nahe. Zwei von vier Parteien dieser Koalition sind nach wie vor illegal, weil sie die Unabhängigkeit von *Euskadi* (so lautet die politische Bezeichnung für das Baskenland) ausdrücklich in ihr politisches Programm aufgenommen haben.

hielten ihre Einwohner Formen gesellschaftlicher Organisation (gemeindlicher und völkischer Art) aufrecht, die ihre Identität vor äußeren Einflüssen bewahrten: Elemente der Kulturen von Kelten, Römern, Westgoten, Franken, Arabern und Kastiliern nahmen sie auf, verwarfen aber – z. T. mit Gewalt – alles, was ihrer eigenen Art, sich zu organisieren, zu sprechen und zu sein, entgegenstand. Diese Auseinandersetzung nahm umso gewaltsamere Formen an, je mehr die Eindringlinge von außen expansionistische Gelüste an den Tag legten. So konnten etwa die Iberer und die Kelten kampflos das Baskenland durchqueren. Umgekehrt stießen Römer, Goten und Franken auf einen solchen Widerstand, daß die Chroniken der Gotenkönige mit der stehenden Formel «et domuit vascones» enden – was deutlich genug erkennen läßt, daß es keinem von ihnen wirklich gelungen ist, sie zu unterwerfen.

### Das Baskische, eine Inselfprache

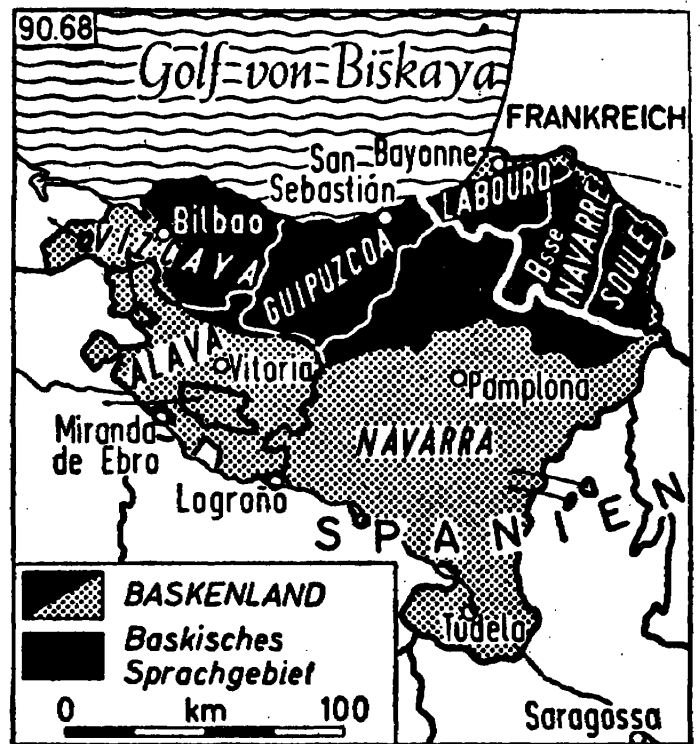
*Euskara* ist die Sprache der Basken. Sie ist mit dem baskischen Wesen so sehr verbunden, daß die ethnische Identität der Basken durch ihre sprachliche Identität bestimmt ist. Etymologisch gesehen heißt Baske sein, *euskal-dun* (baskisch-sprechend) sein. Die baskische Sprache hat einen eigenen Namen (*euskara*), und der Baske hat einen Namen, der von seiner Sprache abgeleitet ist (*euskal-dun*). Es handelt sich hier nicht um eine sprachliche Spitzfindigkeit, sondern um eine sehr bedeutende soziologische Realität. «Man kann mit Sicherheit sagen, daß die Tatsache, daß die Basken heute noch als solche existieren, vor allem dem Fortleben ihrer Sprache zu verdanken ist. Ohne andere (kulturelle, wirtschaftliche und politische) Werte, welche die baskische Identität entscheidend mitbestimmen, geringachten zu wollen, ist es doch so, daß das, was man heute als Baskenland kennt, jene Gebiete umfaßt, in denen man baskisch spricht, während man jene Gebiete außer acht läßt, die einmal die baskische Sprache kannten, sie aber vor einigen Jahrhunderten verloren haben.» (K. Mitxelena, *baskischer Philologe*.) Übrigens bedeutet die alte, aber immer noch lebendige Bezeichnung für das Baskenland – *Euskalherria* – eigentlich «das Volk des Euskara» («das Volk der baskischen Sprache»).

Wann die baskische Sprache entstanden ist, läßt sich wissenschaftlich nicht genau bestimmen. Die ältesten dokumentarischen Zeugnisse stammen aus dem 1. Jahrhundert (Eigennamen von Menschen und Gottheiten). Die Unsicherheit über die Ursprünge dieser Sprache macht die Frage ihrer Herkunft zu einem sprachwissenschaftlichen Problem. Man hat es «das Problem der Insel-Sprache» genannt, weil man keine Verknüpfungen mit anderen älteren oder gleichzeitigen Sprachen kennt. Man vermutet Ähnlichkeiten mit vor-indoeuropäischen und vor-romanischen Sprachen wie dem Iberischen (A. Tovar), dem Semitischen (Ch. Schuchardt) und vor allem dem Kaukasischen (K. Bouda, R. Lafon, K. Mitxelena). Die Theorie, welche eine Verwandtschaft mit den kaukasischen Sprachen annimmt, ist heute wohl die plausibelste. Einige kaukasische Sprachen (wie das Georgische) weisen Eigentümlichkeiten auf, die an das Baskische erinnern. Aber von da bis zum Beweis einer ursprünglichen Verwandtschaft klafft noch immer ein Abgrund (P. Naert, H. Vogt).

Was aber aus dem *Euskara* eine wahre «Perle der Forschung» macht, ist nicht so sehr sein Alter, sondern vielmehr die Tatsache, daß es sich hier um die einzige vor-indoeuropäische und vor-romanische Sprache handelt, die ihrer ursprünglichen Eigenart treu geblieben ist. Und das, obwohl sie während Jahrtausenden der «Überschwemmung» durch andere Sprachen, die alle Vorteile der Macht auf ihrer Seite hatten, ausgesetzt war. So ist sie sozusagen der einsame Zeuge davon, wie die sprachliche Landschaft Europas vor den indoeuropäischen und romanischen Invasionen ausgesehen haben mag.<sup>5</sup>

Das baskischsprechende Gebiet war vom 1. Jahrhundert bis heute ständigen Schwankungen unterworfen. Vom weiten Raum, den es auf der Sprachenkarte des 1. Jahrhunderts einnahm, ging es immer mehr zurück, so daß es heute von Baiona (franz. Bayonne) im Norden nach Iruña (Pamplona) im Süden und von Bilbao im Westen nach Otxagabia im Osten reicht. Die Zahl der Baskischsprechenden ging gleichermaßen zurück: von 54 Prozent im Jahre 1900 auf 25 Prozent im Jahre 1979. Für diesen Rückgang ist vor allem die kulturelle Repression unter Franco verantwortlich: 1936 gab es noch 700 000, aber 1954 nur noch 525 000 Baskischsprechende. Heute weisen die Statistiken eine baskischsprechende Bevölkerung von 600 000

<sup>5</sup> Auf Struktur und Eigenschaften der baskischen Sprache kann hier leider nicht eingegangen werden.



Personen aus (520 000 im südlichen und 80 000 im nördlichen Euskadi). Wenn wir die 100 000 baskischsprechenden Emigranten in Amerika und Europa dazu zählen, so erhöht sich die Gesamtzahl der Baskischsprechenden auf ca. 700 000. Das ist mehr oder weniger ein Viertel der baskischen Bevölkerung. *Die Wiedergewinnung der baskischen Sprache ist für die Basken eine Frage von Sein oder Nichtsein. Es geht darum, sie auf allen Ebenen des Unterrichts und der Kommunikationsmittel zum Kulturträger zu machen.* Im Juli 1970 wurden die baskischen Volksschulen (*ikastolak*) offiziell anerkannt. Im Schuljahr 1979/80 werden in den 234 *ikastolak* des ganzen Landes 55 000 Kinder unterrichtet. Auf der Mittel- und Oberstufe wurden baskische Schulen eröffnet, und eine baskische Universität – ihr Universitätsbezirk ist schon anerkannt – wird gefordert. Es gibt heute etwa 50 000 Erwachsene, die Baskisch lernen. Es existieren zwei Tageszeitungen (*Deia* und *Egin*), verschiedene Wochenzeitschriften und zahlreiche Verlage. Schließlich hat die «Akademie der Baskischen Sprache» (*Euskaltzaindia*) die Vereinheitlichung der Schreibweise der sieben Dialekte der baskischen Sprache in Angriff genommen, und im Oktober 1979 wurden erste Schritte für die Eröffnung eines baskischen Fernsehsenders unternommen. Es geht hier um ein dringendes Anliegen, weil die spanischen bzw. französischen Fernsehsendungen vor allem die baskischsprechenden *Kinder* in bezug auf den Gebrauch ihrer Sprache ungünstig beeinflussen. Bisher gibt es überhaupt keine Fernsehsendungen in baskischer Sprache!

### Pragmatische oder ästhetische Kultur?

Die *baskische Kultur* – als Gesamtheit der schöpferischen Antworten des baskischen Geistes auf die Probleme, welche die Wirklichkeit aufwirft – ist so reich und originell wie jede andere Kultur. Dies gilt sowohl auf ökonomischem und technischem Gebiet wie im rechtlichen und weltanschaulichen Bereich. Dennoch wurde die Entwicklung dieser Kultur so oft unterbrochen und eingeschränkt, weil es die herrschende (spanische bzw. französische) Kultur nicht anders erlaubte.

Nach einer gängigen Charakterisierung ist die baskische Kultur mehr von *pragmatischer* («faber») als von *ästhetischer* («ludens») Art. «Der Baske ist Realist im Geschäft und Idealist beim Spiel.» Wie jedes Pauschalurteil, so trifft auch dieses die Wirklichkeit nur zum Teil. Es genügt, an geniale Gestalten wie den Rechtsgelehrten Tomás de Vitoria, den Philosophen Miguel de Unamuno, den Mystiker Ignatius von Loyola, den Musiker J. C. Arriaga und

den Bildhauer J. Oteiza zu erinnern, um dieses Pauschalurteil zu relativieren, dem dennoch eine gewisse Berechtigung nicht abzusprechen ist.

In der Phase der *landwirtschaftlichen Entwicklung* haben sich sowohl Bauern wie Fischer durch Initiative und Unternehmerteil hervorgerufen. In der Phase der *industriellen Entwicklung* am Ende des 19. Jahrhunderts begann gerade im Baskenland der Prozeß der industriellen Revolution mit dem Entstehen der großen Industrien für Schiffsbau (Naviera Vascongada, 1899) und Metallurgie (Altos Hornos, 1901) sowie des Bankwesens (Banco de Bilbao, 1857, und Banco de Vizcaya, 1901). Im Gegenzug organisierten sich die starken baskischen (STV, 1911) und sozialistischen (UGT, 1890) Gewerkschaften, deren Macht nur mit derjenigen der katalanischen und asturischen Gewerkschaften vergleichbar ist.

In der gegenwärtigen Phase der *fortgeschrittenen industriellen Entwicklung* hat das Baskenland immer an der Spitze der übrigen Völker des spanischen Staates gestanden, und das sowohl in bezug auf das Bruttosozialprodukt wie auf das Prokopfeinkommen. Das reale mittlere Jahreswachstum betrug im Baskenland in den 70er Jahren 2,8 Prozent gegenüber 2,1 Prozent im ganzen Staat. Das Prokopfeinkommen betrug 1975 \$ 2220.-, im ganzen Staat \$ 1867.-.

Seit den 70er Jahren nahm der tertiäre Sektor mit einem Wachstum von 21 Prozent eine immer beherrschendere Stellung ein, während der sekundäre Sektor um 6 Prozent zunahm und der primäre Sektor ein Negativwachstum von -8,3 Prozent verzeichnete. Eine der bedeutsamsten Schöpfungen baskischer genossenschaftlicher Initiative waren schließlich die Kooperativen der Verbraucher (1956), der Industrie (1956) und der Finanzierung (1959) in der Ortschaft Mondragón (Provinz Gipuzkoa). Sie bilden nach dem Urteil der englischen Kooperativismus-Theoretiker «die in Wirklichkeit verwandelte Utopie». Sie haben sich (trotz - nicht immer unberechtigter - Kritiken an ihrer mangelnden Solidarität mit der Arbeiterbewegung) ausgezeichnet durch die demokratische Gestaltung ihrer technischen Führung und ihrer ökonomischen Verteilung wie auch durch ihre starke Konkurrenzfähigkeit, die der inflationistischen Konjunktur der 70er Jahre Widerstand zu leisten vermochte.

### Kulturelle Identität zwischen Tradition und Fortschritt

Wenn sich der Baske im Kampf gegen die Natur als Pragmatiker erweist, so läßt sich auch sein Idealismus im Bemühen, die Natur zu humanisieren, nicht leicht von seinem Realitätssinn trennen. Die baskischen Künstler sind nicht nur Schöpfer des Schönen, sondern auch Verteidiger einer stets bedrohten Sprache und Kultur. Die herausragenden baskischen Mystiker, Franz Xaver und Ignatius von Loyola, sind auch die ersten «Mystiker der Tat».

Die *mündliche Kultur* der Basken ist sehr reich. Ihre zerbrechlichen Anfänge in der Altsteinzeit sind bis heute lebendig geblieben in Form von Mythen, Legenden und Heldenepen. Sie werden von den Großeltern an die Enkel weitergegeben: diese sollen nicht vergessen, wie schön die Göttin Maia, die Herrin der Berge, und wie stark der Herr des Waldes, Basa-Jaun, waren, oder wie die Feudalherren (Ahaide-Nagusiak) um ihre Banner kämpften. Wenn die industrielle und städtische Entwicklung diese Spuren der Vergangenheit auch täglich mehr verwischt, so

hat sich heute die Hochkultur daran gemacht, sie zu sammeln, sie zu erforschen und dem Volke zurückzugeben. So sollen die Basken bei ihren Feiern und bei ihren Studien die Identität ihrer Ursprünge nicht verlieren.

Die *schriftliche Kultur* der Basken ist jüngerer Datums. Der erste Text ist ein kleines Fragment aus dem 10. Jahrhundert (Glosas Emilianenses). In Zeiten politischer Stabilität kam die baskische Literatur zum Blühen. So beweist im goldenen Zeitalter der «baskisch-französischen» Literatur (16. Jh.) P. de Axular in seinem Werk *Gero* («Danach»), über welche Möglichkeiten das Baskische verfügt, um auch die höchsten Gedankenflüge in Worte zu fassen. Und im goldenen Zeitalter der «baskisch-spanischen» Literatur (19./20. Jh.) schuf die geniale Intuition eines N. de Ormaetxea (*Orix*) das Meisterwerk *Euskaldunak* («Die Basken»), eine Dichtung von einzigartiger poetischer Qualität. Darin überlieferte er der Nachwelt den ganzen Reichtum der baskischen Sprache mit all ihren Dialekten und die ganze Schönheit des traditionellen baskischen Geistes. Erst in den letzten 20 Jahren hat sich ein wahrer *Generationsbruch* zwischen der alten - bäuerlichen, traditionellen und religiösen - Mentalität und der neuen - industriellen, progressiven und säkularisierten - Mentalität vollzogen. Die neue Generation von Literaten und Künstlern sprengt die klassischen Formen und macht daraus Träger von Ideologien und Werten, die den Basken bisher fremd geblieben waren: Existenzialismus, Marxismus und Strukturalismus. Die Auseinandersetzung ist eher ideologisch und politisch als kulturell und wissenschaftlich orientiert.

Doch haben sich zwei Fronten herausgebildet: Die junge Front wird von ihrem Vorbild Axular inspiriert, von seiner Beweglichkeit und Anpassungsfähigkeit gegenüber Neuerungen; sie schafft außerdem eine einheitliche literarische Sprache (*Euskara Batua*). Die traditionelle Front versucht, die Reinheit der gesprochenen Sprache zu erhalten: sie folgt den Spuren von Orix. Die einen wie die andern betrachten ihr jeweiliges Vorbild - Axular bzw. Orix - als den «Goethe der baskischen Sprache».

Die 1979 offiziell anerkannte «Akademie der Baskischen Sprache» (*Euskaltzaindia*) - übrigens die einzige Institution, in der die sieben baskischen Provinzen vertreten sind - vermittelte in diesem Streit mit einer salomonischen Formel, wonach die erste Tendenz in der Schriftsprache und die zweite in der Umgangssprache zugelassen sei. Abgesehen von diesen generationsbedingten Unterschieden zeichnen sich alle baskischen Literaten «durch ihre aus den ursprünglichen Quellen gewonnene Inspiration, ihr ethnisches Kolorit und ihre starke Bindung an die bäuerliche oder industrielle Natur dieses *Harrizko Herri hau*, dieses «Volkes von Stein» aus» (*G. Aresti*).

Die *religiöse Kultur* drückt ebenfalls in einmaliger Weise das baskische Wesen aus. Die ersten Basken, die die Natur oder deren Geheimnis verehrten, haben in ihren Mythen eindeutige Spuren ihres Sinnes für das Absolute hinterlassen. Die Einführung des Christentums (6. Jahrhundert) hat die Volksseele so sehr mit dem gelebten Glauben verschmolzen, daß man die Gleichung *euskaldun = fededun* («baskischer Mensch = gläubiger Mensch») aufgestellt hat. Wo immer Forderungen zugunsten der Rechte des Volkes erhoben wurden, hat der baskische Klerus gemeinsame Sache mit dem Volk gemacht. Der Pfarrer von Santa Cruz war im 2. Karlistenkrieg (1872) ein Guerillero, und im Prozeß von Burgos gegen die Aktivisten der ETA (1970) saßen auch zwei Geistliche auf der Anklagebank. Durch den gegenwärtigen Säkularisierungsprozeß ist diese historische Gleichung in die Brüche gegangen, und zwar so sehr, daß man behaupten konnte, der Baske sei «von seinem Wesen her ein Heide» (*F. Krutwig*, Ideologe der ETA). Aber man würde hier wohl besser von einer *Übertragung* sprechen, die von religiöser Natur ist: vom absoluten Gott zum absoluten Vaterland. Viele der heutigen Führerpersönlichkeiten und engagierten Mitglieder der baskischen Parteien (vor allem der Linken, die für die Unabhängigkeit eintreten), sind Ex-Priester oder Ex-Seminaristen - bereit, ihr Leben für dieses Absolute hinzugeben.

*Iñaki Cacho Nazabal, San Sebastián  
Txema Auzmendi, z. Z. Frankfurt a. M.*

(II. Teil folgt)

**Die Katholische Kirchgemeinde Dielsdorf (ZH)** sucht auf Beginn des Schuljahres 1980/81 (22. April) vollamtliche(n)

### Katecheten oder Katechetin

**Aufgaben:** 12-16 Stunden Religionsunterricht in der Primarschule, einschließlich Elternkontakt. Mithilfe in der Jugendbetreuung, bei der Gestaltung von Familiengottesdiensten, Mithilfe beim Pfarreilager. Übernahme von weiteren Aufgaben nach Eignung. Autofahren erforderlich.

**Besoldung:** nach den Richtlinien der Röm.-kath. Zentralkommission des Kantons Zürich.

**Bewerbung:** Wir laden Sie ein, Ihre Bewerbung zu richten an: Katholisches Pfarramt, Buchserstr. 12, 8157 Dielsdorf. Unser Telefon: (01) 853 16 66.

# Holländische Sondersynode – Versuch zur Konfliktbewältigung

«Wir haben ein Erlebnis von Gemeinschaft, von *Communio* hinter uns, das wir nur schwer erzählen, nur schwer vermitteln können.» Der siebzigjährige Bischof *Theodor Zwartkruis* von Haarlem (Amsterdam) wirkte nicht weniger euphorisch als seine beiden jüngeren Kollegen *Johannes Möller* (56) von Groningen und *Adrian Simonis* (48) von Rotterdam, als sie am Abend nach Abschluß der niederländischen Sondersynode in Rom in einem Nebenraum der Sala Stampa des Vatikans mit den Landsleuten von Presse und Medien zusammensaßen. Fast drei Wochen lang hatten sie unter eidlicher Schweigeverpflichtung in strenger Klausur zugebracht, und die Atmosphäre muß mindestens dann und wann an Exerzitien erinnert haben. Tatsächlich galt es in verschiedener Hinsicht, Gemeinschaft «einzuüben» bzw. erst wieder aufzunehmen, denn der Ausgangspunkt, die unmittelbare Veranlassung zu dieser Synode, war ja ein Bruch der Gemeinschaft, ein Riß, der mitten durch die niederländische Bischofskonferenz ging. Der «Erfolg» mußte und muß sich deshalb zunächst innerhalb dieses Bischofsgremiums selber im Sinne der Fähigkeit und Bereitschaft zur Zusammenarbeit und zu gegenseitigem Verstehen zeigen: Ist es gelungen, die Kluft zu überbrücken, die vor allem den einen Bischof von Roermond, *Matthias Gijsen* (47) – ganz anders als seinen ebenfalls «konservativen» aber kooperativen Freund *Simonis* – von der Mehrheit der siebenköpfigen Bischofskonferenz isoliert hat?

## Wie weit kam es zur Konfrontation?

Um es gleich zu sagen: Bischof *Gijsen* ließ sich für die Journalisten in Rom nie blicken, und er fuhr auch sofort nach dem Schlußgottesdienst im Wagen Richtung Roermond ab. Auf Wunsch hatte er aber einige Zeilen zurückgelassen, worin auch er in allgemeinen Worten von der *Communio* und der geistlichen Atmosphäre der Synodentagung und vom nötigen Gebet für die *Communio* der Zukunft sprach; nur fehlte jedwede Andeutung über so etwas wie Gewissensforschung, Einsicht, Strich unter die Vergangenheit, konkrete Zusammenarbeit in der Zukunft oder sonst etwas Existentielles, ihn selber Betreffendes. Demgegenüber muß es dem Leser der offiziellen *Schlußfolgerungen* («Conclusions»: französisches Original: Oss. Rom. 1. 2. 80) der Synode auffallen, wie da zwischen dem «Epilog» und den feierlichen Schlußformeln der Synodenmitglieder und des Papstes in «ergänzenden Dispositionen» ausschließlich über diesen einen Bischof von Roermond folgendes gesagt wird:

(3. a) Der Bischof von Roermond wird die Zusammenarbeit mit den anderen Bischöfen wieder aufnehmen im Bereich der Päpstlichen Missionswerke, der Fastenaktion und der Niederländischen Missionswoche.

In diesen drei Aktionen und Organisationen hatte Bischof *Gijsen* nämlich den Bruch nicht nur durch Wegbleiben, sondern durch den Aufbau eigener Parallelinstitutionen vollzogen. Der Text verhehlt nicht die «Schwierigkeiten», die dieser Bischof gegenüber der ihm auferlegten Zusammenarbeit mit den überdiözesanen Werken empfindet:

(b) Die Bischöfe sind sich gewisser Schwierigkeiten bewußt, die zwischen dem Bischof von Roermond und einigen Personen und Institutionen in den erwähnten drei Bereichen bestehen. Sie sind bereit, ihm bei der Suche nach einer Lösung dieser Schwierigkeiten zu helfen.

Fast möchte man meinen, daß in diesen Sätzen so etwas wie Mitleid mitschwingt: das Bischof *Gijsen* abgerungene Zugeständnis (a) ist mit den folgenden Sätzen (b) gleich wieder gemildert. Offenbar wurde sehr darauf geachtet, daß nirgends Formulierungen auftauchten, die für die einen oder die andern nach «Sieg» oder «Niederlage» klangen. In dieser Hinsicht könnte man allenthalben in der polarisierten Kirche von dem Takt lernen, der bei dieser Vermittlungs- und Versöhnungsaktion für entzweite Bischöfe geherrscht hat.

Als das eigentliche «Wunder» dieser Tage ist die Tatsache bezeichnet worden, daß Bischof *Gijsen*, der in den ersten Sitzungen wie zu Hause in Holland

(wenn er überhaupt noch an die Konferenzen kam) schweigend dasaß, zum Reden und Mitreden gebracht wurde. Das Verdienst an diesem Kunststück soll vor allem dem (nach Kardinal *Willebrands*) vom Papst eingesetzten zweiten delegierten Präsidenten der Synode, Erzbischof *Gottfried Daneels*, zukommen: er habe Bischof *Gijsen* mehrmals am Ende einer Diskussionsrunde kurzerhand direkt um seine Meinung befragt. *Daneels* war es auch, der bei der abschließenden, zusammen mit *Willebrands* gehaltenen großen Pressekonferenz ein persönliches Zeugnis als «Außenstehender» zum Klima der «freimütigen Aussprache» auf dieser Synode abgab. Er habe unter Bischöfen noch nicht allzuviel, aber doch schon «anderes» und jedenfalls noch nie eine solche freie und offene Aussprache erlebt. (*Daneels* [46], erst seit zwei Jahren Bischof von Antwerpen, trat am Sonntag nach dem Synodenschluß die Nachfolge von Kardinal *Suenens* als Erzbischof von Mecheln und Brüssel an.)

Wenn sich Takt und Freimut verbanden, so darf man annehmen, daß die strittigen Punkte tatsächlich beim Namen genannt und nicht umsegelt wurden. Was die Berichterstattung freilich nicht verdeutlichen kann, ist das Ausmaß an Konfrontation, das zwischen den Bischöfen selber stattfand. Die offiziellen Bulletins ließen eher erkennen, worin es zu Konfrontationen zwischen holländischen Bischöfen und Vertretern der römischen Kurie kam. Das war ja – mit der ersten verquickt – die zweite Ebene, auf welcher es der «Vermittlung» bedurfte. Sie prägte sowohl die Zusammensetzung wie die *Informationspolitik* auf dieser Synode.

Stimmberechtigte Mitglieder der Synode waren einerseits die sieben Bischöfe<sup>1</sup> nebst zwei Ordensobern der Niederlande, andererseits der neue Generalsekretär der (Welt-)Bischofssynode, Mgr. *Tomko* (Slowake, bisher Untersekretär der Bischofskongregation), sowie – je nach Thema einzeln oder zu mehreren – insgesamt sieben Kardinäle der zuständigen Kurienbehörden, außerdem der zweite Präsident, Erzbischof *Daneels*. Beteiligt waren ferner zwei theologische Sekretäre, der Holländer *Lescauwaeet* und der Belgier *Descamps*, auch gab es Chronisten und Dolmetscher: die Verhandlungen wurden holländisch und französisch geführt. Gegen den anfänglichen Widerstand der Kurie wurde schließlich auch ein Informant für die Presse zugelassen: *Henk Kouwenhoven*, Pressesprecher der niederländischen Bischofskonferenz. Ihm, dem einzigen anwesenden Laien, waren aber als Sprecher nicht nur die Hände gebunden – außer dem offiziellen Bulletin brachten sie kein Papier aus der Aula –, sondern auch der Mund verschlossen. Ganz anders als die Pressesprecher auf den allgemeinen Bischofssynoden, durfte er seinen Landsleuten und Kollegen nur das berichten, was schon schwarz auf weiß in dem Bulletin zu lesen stand. Praktisch hat er ihnen jeweils den französischen Text ins Holländische übersetzt.

Eine für solche Kommunikationsverhältnisse typische Panne entstand, als ein Journalist von einem Synodalen die Nachricht aufgeschnappt hatte, der Papst habe während der Verhandlungen das Wort ergriffen. «Spricht der Papst gelegentlich in der Aula?» fragt der Journalist. «Er spricht nicht», lautet die Antwort des Pressechefs. «Aber nach Mgr. X spricht der Papst.» – «Offiziell», so beharrt der Pressechef, «hat zu gelten, der Papst spreche nicht.» In den folgenden Tagen sickerte dann Schritt für Schritt durch, der Papst spreche zwar, aber er nehme nicht Stellung zu Sachfragen, er sage gelegentlich ein persönliches Wort zur Aufmunterung, ein geistliches Wort. Er spreche auch etwas länger usw. Als alles vorbei war, konnte man vernehmen, dem einen oder anderen Synodalen seien manche Darlegungen des Papstes recht ausführlich und manchmal «philosophisch» vorgekommen. Andererseits sei es der Papst gewesen, der den Abbruch der anfänglichen theoretischen Darlegungen über «Communio» vorgeschlagen und die Hinwendung zu konkreten Fragen nahegelegt habe.

## Bischöfe und Kurie: Die Spannung Holland – Rom

Die Behandlung dieser konkreten Fragen auf der Synode würde nun ja vor allem interessieren. Aber eine zusammenhängende Darstellung der Diskussionen war aus den offiziellen Bulletins nicht zu gewinnen. Deren Deutung, so fand ein deutscher Leser, liege näher bei der Astrologie als bei journalistischer Berichterstattung. Um so mehr erregte Aufsehen, was doch noch über Spannungen zwischen Holland und Rom, besonders über die Einschätzung der Kurie seitens der Holländer zu lesen war.

<sup>1</sup> Die Bischofskonferenz war, wie in Holland allgemein bekannt, in den letzten Jahren intern meist 5:2 (gegen *Simonis* und *Gijsen*) gespalten. Als profiliertere Anführer der Mehrheit können Bischof *Ernst* von Breda und Bischof *Bluyssen* von 's-Hertogenbosch gelten.

Da wurde schon im zweiten Bulletin den Niederländern ein nach wie vor lebendiges Interesse an der «Universalkirche» (Test: die letzten Konklaven) bezeugt, doch werde eine «ungebührliche Unterscheidung zwischen dem Heiligen Vater und der Kurie» gemacht, und der letzteren gegenüber fehle es an Vertrauen. Erstaunlicherweise wurde auch bald einmal die Feststellung nicht unterdrückt, die Spannungen seien durch «gewisse Bischofsernennungen» (von Rom aus) verschärft worden.

Zu Beginn der dritten Woche, als die Synode über den ursprünglichen Schlußtermin (26. Januar) hinaus verlängert worden war, kam man zum Thema *Communio* mit Rom zurück. Das Bulletin begann nun die Arbeit der Synode zu loben:

«Die allgemeine Erfahrung der letzten Tage hat nach den Berichten einiger Teilnehmer den Vätern der Synode erlaubt, sich Rechenschaft zu geben über die Ungenauigkeit einiger Urteile über die Handlungsweise des Heiligen Stuhls, besonders über seine Bereitschaft, sich unparteiisch, vollständig und positiv über die Situation vor Ort zu informieren, vorzugsweise von den Bischöfen selbst.»

### Mehr Begegnung oder mehr Kontrolle?

Im Klartext wird damit immerhin die Kritik seitens der Bischöfe erwähnt, sie seien selber zu wenig angehört und die Informationen seien auf anderen Kanälen eingeholt worden. Hier dürfte in erster Linie der Nuntius gemeint sein. Es fällt auf, daß auch in den *Schlußfolgerungen* ein ganzer Passus – ohne jede Erwähnung des Nuntius – künftig vermehrten direkten Kontakten zwischen den Bischöfen und Mitgliedern der Kurie im Sinne *gegenseitiger* Besuche das Wort redet:

(12) «Die Präfekten der Heiligen Kongregationen und die Bischöfe haben eingesehen, daß unter ihnen gewisse Schwierigkeiten bestehen. Sie sind übereingekommen, daß Zusammenarbeit und gegenseitiges Vertrauen gestärkt werden könnten durch den Austausch vollständiger und periodisch wiederkehrender Informationen, durch Besuche der Bischöfe bei den römischen Dikasterien, ja regelmäßige Demarchen einer Delegation der Bischofskonferenz,

durch Besuche von Vertretern der Kurie in den Niederlanden, durch sorgfältige Fünfjahresberichte und Protokolle der Bischofskonferenz. Aus all dem ergäbe sich eine engere *Communio* zwischen der katholischen Gemeinschaft der Niederlande und der Universalkirche. Die Bischöfe fordern, daß die ohne ihr Wissen an die römischen Behörden gesandten Informationen bzw. Anklagen durch Rückfragen beim interessierten Ortsbischof oder bei der Bischofskonferenz verifiziert werden.»

Ein solcher Text läßt sich gewiß mit verschiedenen Augen lesen. Freiheitliche Niederländer, die aus ihrer Geschichte noch immer die spanische Besetzung nicht vergessen haben, mögen mißtrauisch hier Tür und Tor für eine *Dauerkontrolle* und jede mögliche Einmischung seitens römischer Instanzen sehen. Man kann aber auch zuversichtliche Stimmen vernehmen. Schon bisher hätten römische Besucher nicht selten gute, manchmal gar begeisterte Eindrücke aus Holland mitgenommen.

Namentlich wird dies von Kardinal *Garonne* ob seinem Besuch theologischer Fakultäten in den Niederlanden bezeugt. «Hier kann man noch neue Möglichkeiten kennenlernen», soll er gesagt haben. Kardinal *Garonne*, der wenige Wochen zuvor sein Amt als Chef der Bildungskongregation abgegeben hatte, wurde vom Papst nicht nur als deren bevollmächtigter Vertreter in die Synode berufen: Johannes Paul II. hat ausgerechnet diesen liebenswürdigen Franzosen zu seinem Vertreter in die dreiköpfige *Kontrollkommission* ernannt, die über die Ausführung der Beschlüsse der Synode zu wachen hat. Die beiden anderen «Kontrollleure», Kardinal *Willebrands* und Bischof *Bluyssen*, wurden gewählt. Die Tatsache einer römisch-holländisch-gemischten Kommission mochte zunächst schockieren. Die personelle Besetzung wirkt versöhnend und mildernd und dürfte die nötige Flexibilität sicherstellen.

### Konkrete Beschlüsse

Um die Ausführung welcher Beschlüsse geht es nun aber vor allem? An der Schaffung dreier weiterer Kommissionen lassen sich die wichtigsten ablesen.

► *Priesterausbildung*: Die Bischöfe sprechen sich zugunsten der geistlichen Ausbildung der Priesterkandidaten für vermehrten Kontakt mit den Ordensleuten und entweder für «wirkliche Seminare» (wie im Fall *Rolduc*: Seminar von Bischof *Gijsen* mit 75 Alumnen) oder für Konvikte an den theologischen Fakultäten aus. Die gute Führung dieser Konvikte samt *Rolduc* und eine Überprüfung der bischöflichen Kontrollrechte an den theologischen Fakultäten soll Gegenstand einer auf ein Jahr befristeten Untersuchung sein (Erste Kommission).

► *Pastoralassistenten*: Die mögliche Aufgabenteilung an Laien im seelsorglichen Dienst, vor allem wo es um berufliche, ja vollamtliche Tätigkeiten geht, soll der Unterscheidung von Priestern, Diakonen und Laien, sowie der durch das Konzil wieder eröffneten Möglichkeit zum dauernden Diakonat Rechnung tragen. Es soll aber keine neuen Ämter und nicht den Schein einer «Alternative zu Priestertum und Diakonat» geben (Zweite Kommission).

► *Diözeseinteilung*: Im Sinne vermehrter Präsenz des Bischofs unter seinen Priestern und Gläubigen soll im Rahmen der Bischofskonferenz eine mögliche Neumengrenzung der Bistümer geprüft werden, die aber nicht auf einmal und «en bloc» erfolgen müßte (Dritte Untersuchung, nicht ausdrücklich als Kommission bezeichnet).

Im Aufbau des Schlußdokuments stehen die *Bischöfe* und ihr Verhältnis zueinander (als Einzelne zur Konferenz) an erster Stelle. Kollektive und persönliche Verantwortung werden gegeneinander abgewogen. Eine Neustrukturierung der Bischofskonferenz (durch eine größere Zahl bischöflicher Mitglieder, vielleicht nur Weihbischöfe) würde es erlauben, allen Kommissionen einen Bischof zum Begleiter oder als Vorsitzenden zu geben. Die Aufgabe, eine eventuelle Neueinteilung der Bistümer zu untersuchen, ist ausdrücklich der Bischofskonferenz in eigener Kompetenz übertragen: ein Erfolg der Holländer gegenüber der Kurie, der nicht zuletzt in den schwierigen materiellen und finanziellen Fragen solcher Bistumsgründungen wurzelt.

Hinsichtlich der *Priester* betont das Dokument die Beibehaltung des Zölibats und dessen empfehlenswerte Verbindung mit Armut und Gehorsam nach dem Beispiel der Ordensleute und im Sinne «vertiefter Spiritualität». Priestergemeinschaften werden dem hierarchischen Prinzip untergeordnet und Priestergewerkschaften ausdrücklich abgelehnt. Zugunsten der geistlichen Berufungen planen die Bischöfe eine «aktive Pastoral».

Ein Modell für lebendige Kommunikation in Arbeitsgruppen jeglicher Art:

## Die themenzentrierte Interaktion TZI (nach Ruth Cohn)

Einführungsmethodenkurse 1980

Kursleiterin: Dr. phil. Elisabeth Waelti, Höhweg 10, 3006 Bern

Thema: Wie kann ich durch lebendiges Lehren und Lernen meine Erlebnisfähigkeit vertiefen und berufliche Konflikte in der Arbeit mit Jugendlichen und Erwachsenen besser bewältigen?

Adressaten: Geistliche, Lehrer, Sozialpädagogen, Psychologen und alle, die in kirchlichen, sozialen und andern Berufen neue Wege zum Menschen suchen.

Termine:	3.–7. März	28. Juli–1. Aug.	} Ort: Nähe Fribourg und Olten
	24.–28. März	11.–15. Aug.	
	7.–11. April	25.–29. Aug.	
	26.–30. Mai	8.–12. Sept.	
	14.–18. Juli	22.–26. Sept.	

Kurskosten: Fr. 265.–

Unterkunft: Vollpension pro Tag ca. Fr. 38.–

Einzahlung von Fr. 265.– auf Postcheckkonto 30-66546 gilt als definitive Anmeldung.

## Hart im Prinzip, flexibel in der Anwendung

Den vielen ehrenamtlich wirkenden *Laien* wird der Dank ausgesprochen. Der *Unterschied* zwischen dem allgemeinen Priestertum der Gläubigen und dem Weihepriestertum wird aber stark unterstrichen. Bei der Schlußansprache des Papstes wirkte die Verfestigung dieses Unterschieds geradezu als Hauptanliegen. Er bildet auch den Hintergrund für die oben erwähnte Abgrenzung der Tätigkeiten zwischen Pastoralassistenten («Pastoralarbeitern») einerseits und geweihten Priestern und Diakonen andererseits.

Dieser Abschnitt muß auf die niederländische Wirklichkeit bezogen als der einschneidendste betrachtet werden und hat denn auch sofort am meisten Widerstand gefunden. Es fehlt hier aber jede nähere Angabe, welche Tätigkeiten auszuschließen seien (zum Beispiel ist nicht – wie in einem Nebensatz des im letzten Jahr erschienenen Katechesedokuments – die den «Geweihten» zu reservierende Homilie in der Messe erwähnt); es wird vielmehr auf einschlägige Dokumente verwiesen, u. a. seitens der Kongregation für Sakramente und Gottesdienst auf ein Dokument vom 29. 1. 73 und auf einen *Brief an die Schweizer Bischöfe* vom 17. 7. 79.

Bezeichnend für eine harte Linie auf der prinzipiellen Ebene und für Flexibilität in der konkreten pastoralen Anwendung sind die Bestimmungen für «von der Zölibatsverpflichtung dispensierte Priester». Unter Berufung auf die Bischofssynode 1971 wird für sie einerseits «Gerechtigkeit und brüderliche Behandlung», andererseits der Ausschluß von «priesterlichen Funktionen» gefordert und eine Regelung nach den Weisungen der Glaubenskongregation (zumal von 1971 und 1972) in Aussicht gestellt. Dann heißt es (Nr. 37,2 und 3):

Eine solche Regelung kann freilich nicht von einem Tag auf den andern erfolgen, denn sie muß den Personen und Umständen Rechnung tragen.

Diese Regelung wird deshalb der pastoralen Klugheit des Ortsbischofs anvertraut bleiben (der sich der Ratschläge der bischöflichen Kommission für die «Pastoralarbeiter» und der Ratschläge der Bischofskonferenz bedienen wird).

Diese Bemerkung erscheint umso wichtiger, als mit ihr doch wohl auch ein Riegel gegen eine neue Denunziationswelle vorgeschoben werden soll. Die Eigenverantwortlichkeit des Bischofs ist jedenfalls deutlich unterstrichen und die mögliche Ausnahme vom Prinzip sozusagen selbst nochmals zum Prinzip erhoben. Was in diesem Zusammenhang die laiierten Priester im Hochschuldienst betrifft, so ist schon früher geregelt worden, daß zwar keine solchen Professoren neu eingestellt werden dürfen, die bestehenden Verträge aber respektiert bleiben. In dieser wie in anderen Fragen konnten die Bischöfe gegen eine rigorose Anwendung römischer Prinzipien erfolgreich die materiellen Bedingungen und finanziellen Folgen geltend machen.

Daß es sich bei den Schlußfolgerungen ganz allgemein «nicht um Dekrete, sondern um *Orientierungen*» handle, hat Kardinal Willebrands vor seinem gleich nach der Rückkehr versammelten diözesanen Pastoralrat unterstrichen. Auf der römischen Pressekonferenz gab Erzbischof Daneels auf die Frage nach der *Auswirkung auf die Nachbarländer* eine deutliche Antwort: Juristisch und unmittelbar sind nur die Niederländer betroffen, aber langfristig ist mit Rückwirkungen auf die anderen Teil- oder Ortskirchen zu rechnen. Zunächst geht es jetzt aber darum, die Beschlüsse mit der Wirklichkeit in den verschiedenen Regionen der Niederlande zu konfrontieren. Die Bischöfe haben in ihrer römischen Klausur ohne ihre unmittelbaren Mitarbeiter (Generalvikare, Referenten und Theologen) getagt, und diese von Rom auferlegte Isolierung (wie sie ja auch – im Gegensatz zum Konzil – auf den Weltbischofssynoden praktiziert worden ist) kann sich jetzt als Handicap erweisen. Andererseits hat der begrenzte Rahmen vielleicht doch eine Aussprache ermöglicht, wie sie sonst nicht hätte stattfinden können, und wie sie sich der Papst zur «gegenseitigen Durchdringung von Ortskirche und Universalkirche» (Eröffnungsansprache vom 14. Januar) gewünscht hat. Es gibt freilich Beobachter, die dieses Wort mit großer Skepsis aufgenommen haben, weil seitens der römischen Kurie das Prinzip der «Gegenseitigkeit» auf der innerkirchlichen Ebene noch nie anerkannt worden sei. Ange-

sichts der Positionen der Kurie rief ein hochgestellter Niederländer aus: «Wir haben es mit zwei Welten zu tun: Die Welt der Strukturen und die Welt der Menschen; sind es nicht», fügte er leise hinzu, «zweierlei Kirchen?» Ein anderer Niederländer, der sich mit Kirchenrecht befaßt, meinte weniger pessimistisch: «Jetzt (nach der Einengung des Spielraums für die Partikularkirche) kommt es erst recht auf unseren Inventionismus, d. h. unseren Erfindungsgeist an».

Versucht man zum Schluß die Unternehmung dieser Sondersynode auf dem Hintergrund der niederländischen Kirchengeschichte der letzten Jahrzehnte zu würdigen, so mag es verblüffen, daß noch drei Tage vor Abschluß das offizielle Bulletin fast wörtlich gleich wie am Anfang von einer «gegensätzlichen Einschätzung der Lage» sprach. Nach den Darlegungen in der letzten Nummer dürfte das unsere Leser freilich nicht allzusehr überraschen. Bei aller Behutsamkeit, mit welcher der Papst diese Sondersynode durch Gespräche mit jedem einzelnen Bischof der Niederlande im ersten Jahr seines Pontifikats eingeleitet hat, bleibt zu fragen, ob die eingesetzten Mittel zur Untersuchung des Konfliktstoffes ausreichend und ob die Kriterien zur Beilegung des Konflikts hilfreich und effizient waren. Die Schlußfolgerungen berufen sich laufend auf Konzilsbeschlüsse, ja die Schlußansprache des Papstes scheint die Synode für Holland auf den gleichen Rang mit dem Vatikanum II zu heben. Aber das Konzil war gerade in Holland von einer starken Bewegung an der Basis getragen. Glaubt man nun – unter Ausklammerung von fünfzehn Jahren Geschichte – mit dem zum Gesetz erstarrten Buchstaben des Konzils Leben wecken zu können?

Ludwig Kaufmann

## Indira Gandhis Rückkehr

Der überwältigende Wahlsieg Indira Gandhis und damit ihre Rückkehr an die Macht – nur drei Jahre nach der erdrückenden Niederlage zugunsten der Janata-Partei – hat die politischen Experten Indiens und die Weltmeinung verblüfft. Obwohl es Grund genug gibt, solches Erstaunen zu äußern, darf man die Wahlergebnisse doch nicht bloß anhand der von der Partei gewonnenen Sitze interpretieren und dabei meinen, sie spiegeln eine ungeheure Popularität der Partei im Lande wider. Das indische Wahlsystem basiert nämlich auf dem Majorzprinzip, wonach pro Wahlkreis nur ein Kandidat, derjenige mit den meisten Stimmen, gewählt wird. So hat *Congress I* (die von Indira angeführte Kongreßpartei) 66 Prozent der Sitze im *Lok Sabha* (dem indischen Unterhaus) mit nur 42 Prozent der Stimmen gewonnen. Dies ist kein ungewöhnliches Phänomen bei indischen Wahlen. Im Jahre 1977 erhielt die Janata-Partei ungefähr 45 Prozent der Stimmen und gewann damit eine große Mehrheit der Sitze, was es der Partei ermöglichte, die von Indira Gandhi während ihrer letzten zwei Regierungsjahre verordnete unpopuläre Notstandsgesetzgebung sofort außer Kraft zu setzen.

Was aber das Mandat der Siegerpartei noch mehr schwächt, ist die Tatsache, daß in Indien ungefähr 40–50 Prozent der Wähler ihr Wahlrecht gar nicht ausüben. Die Wahlabstinz betrug in den Jahren 1951, 1957, 1962, 1967, 1971 und 1977 in Prozenten: 54,33; 52,26; 44,58; 38,67; 44,78 und 39,46. Bei den diesjährigen Wahlen<sup>1</sup> gingen ebenfalls nur 57 Prozent der Wahlberechtigten zur Urne. Diese geringe Wahlbeteiligung reduziert die prozentuale Unterstützung der Bevölkerung für die siegrei-

<sup>1</sup> Die Endresultate der Wahlen von 1980 können folgendermaßen zusammengefaßt werden: *Congress I* erhielt 351 der 525 Sitze (also 66%) mit 84 Millionen Stimmen. Die drei wichtigsten andern Parteien erhielten an Sitzen: *Janata* 31, *Lok Dal* 41 und *Congress U (Undivided Congress)* 13. Mit 65 Millionen Stimmen, also mit 34% aller Stimmen, erhielten die drei Parteien zusammen nur 85 Sitze. Die beiden kommunistischen Parteien, CPI und CPI-M, erhielten 10 bzw. 36 Sitze.

che Partei etwa um die Hälfte. Trotzdem läßt sich nicht leugnen, daß der diesjährige Wahlsieg ein persönlicher Triumph für Indira Gandhi und die von ihr geführte Kongreßpartei ist.

### Einfluß der politischen Großwetterlage

Die Wende für Indiens erste Premierministerin erfolgte zu einer Zeit, da die Welt durch den sowjetischen Einmarsch in Afghanistan tief erschüttert war. Die von der Janata-Partei geführte Übergangsregierung, die jedoch seit dem vor einigen Monaten ausgesprochenen Mißtrauensvotum ihrer Macht beraubt war, hatte sich gegen die russische Aktion stark gemacht. Bei Indira Gandhis Rückkehr an die Macht wurden deshalb Befürchtungen laut, die neue Regierung könnte eine prosowjetische Haltung einnehmen. Frau Gandhi beeilte sich denn auch, ihre Position klar zu machen. Sie erklärte, sie sei bereit, die von der Sowjetregierung angegebenen Rechtfertigungsgründe für ihre Intervention zu akzeptieren, und fügte sogleich hinzu, daß einige andere Länder teilweise zu tadeln seien, weil sie unstabile Verhältnisse in Afghanistan und auf dem asiatischen Kontinent geschaffen hätten.

Mit vorsichtiger Zurückhaltung stimmte denn auch der indische Delegierte bei den Vereinten Nationen für die Resolution, welche die ausländische Intervention in Afghanistan verurteilte. Daraufhin enthüllte Frau Gandhi, die Sowjetregierung habe ihr zugesichert, sie werde ihre Truppen zurückziehen, sobald sie von der afghanischen Regierung darum gebeten werde. Was heißt das? Einerseits hält die indische Regierung fest, daß sie an der Freiheit Afghanistans interessiert ist, weil es zur Gruppe der blockfreien Staaten gehört. Andererseits wäre dies ein Weg für die Sowjetregierung, ihre Truppen ohne Gesichtsverlust zurückzuziehen.

Die indische Reaktion muß zugleich im Kontext des asiatischen Machtgleichgewichts verstanden werden. Diese prosowjetischen Äußerungen sind tatsächlich beherrscht von der Furcht vor dem militärischen Wiedererstarken sowohl Chinas wie Pakistans, der Nachbarn Indiens im Norden und im Westen. Noch im Jahre 1962 waren die Chinesen schließlich überraschend in die nördlichen Grenzgebiete Indiens eingefallen, und als China kürzlich Vietnam angriff, wurde der indische Außenminister Bajpai, der in Peking eine Verständigung mit der neuen chinesischen Führung auszuhandeln versuchte, schnell nach Delhi zurückgerufen. Die indische Regierung war denn auch eine der ersten, welche die Regierung Hanois nach dem Sturz Präsident Thieus und der Vereinigung des Landes anerkannte. Die traditionelle Hinwendung von *Pandit Jawaharlal Nehru* und einiger seiner Kollegen zur Sowjetunion, woher sie einen Teil ihrer sozialistischen Ideologien aufnahmen, erklärt die starke Position, die Nehrus Tochter Indira Gandhi in der gegenwärtigen Krise einnimmt.

Zu Pakistan waren die Beziehungen schon immer angespannt, obwohl Indien seit der Gründung von Bangla Desh (als Resultat des indisch-pakistanischen Krieges von 1971) eine dominierende Stellung im Subkontinent einnimmt. Das amerikanische Angebot, Pakistan aufzurüsten, verursacht deshalb Besorgnis bei der indischen Regierung und stärkt damit natürlich die indisch-sowjetische Allianz. Frankreichs Entschlossenheit, die Entspannungspolitik in den Beziehungen zur Sowjetunion nicht aufzugeben und der Staatsbesuch von Präsident Giscard Ende Januar in New Delhi mögen den Weg ebnen zu einer Art Verständigung im Hinblick auf einen sowjetischen Rückzug. Die indische Regierung wäre in einer eher unangenehmen Lage, wenn die Sowjetstreitkräfte sich nicht in naher Zukunft aus Afghanistan zurückzögen. Denn Indien kann es sich mit seinem traditionellen Erbe der Gewaltlosigkeit (*ahimsa*) kaum leisten, Länder zu unterstützen, die mit offener Gewalt im Ausland intervenieren.

### Gründe für das Scheitern der Janata-Partei

Politische Analysen der indischen Wahlen legen jedoch nahe, daß es gerade die große Unbeständigkeit der internationalen Lage vor den Toren Indiens war, welche Indira Gandhi wieder an die Macht brachte. Die indischen Wähler scheinen die Notwendigkeit einer starken Regierung in New Delhi gespürt zu haben, und es gab keine Alternative zu Indira Gandhi.

Wendet man sich der innenpolitischen Lage Indiens zu, mag man sich fragen, welches wohl die eigentlichen Gründe für Indiras Rückkehr an die Macht gewesen sind. Ist dies etwa der Wankelmütigkeit der indischen Wählerschaft zuzuschreiben, die zum großen Teil aus Analphabeten besteht? Angesichts der langen Kulturgeschichte Indiens bedeutet die Unfähigkeit zu lesen und zu schreiben nicht unbedingt, daß die Leute nicht über Sachfragen diskutieren und rationale Entscheidungen treffen können. Die Massenmedien, insbesondere das Radio, haben die herkömmliche Isolation der Dörfer beseitigt. Es ist sehr wohl möglich, daß die Wählerschaft – genau gleich, wie sie einst Indira Gandhi wegen ihres autokratischen Führungsstils, ihres Knebelns der Presse und ihrer Zwangssterilisationskampagne abgelehnt hatte – diesmal die Janata-Partei zurückwies. Die Kritik an deren Amtsführung betraf vor allem folgende Punkte: Unterstützung des Kastenwesens und von Kommunalverbänden wie der RSS (einer sehr fanatischen Hindugruppe, die eine Hindu-vorherrschaft anstrebt); zögernde Durchführung der Landreform; tief gespaltene Politik; Führung durch die alte autoritäre Persönlichkeit eines *Morarji Desai*.

Es fällt schwer, die Schuld richtig zuzumessen, wo doch das einzige verbindende Element in einem Bündnis von Parteien ein gemeinsamer Gegner war. Die Janata-Partei war ja aus fünf verschiedenen Parteien mit eher gegensätzlichen politischen Programmen, den Sozialisten am einen und den rechtsextremen Landbesitzern am andern Ende, zusammengesetzt. Einig waren sie hauptsächlich in dem Wunsch, Indira Gandhi um die Macht zu bringen, was ihnen auch gelungen ist. Viel von ihrem Erfolg verdankten sie der starken Persönlichkeit von *Jai Prakash Narain*, einem überzeugten Sozialisten, der in seiner Einstellung viel mit Gandhi gemeinsam hat und deshalb bei den ländlichen Massen Indiens sehr populär ist. Narain fehlte es jedoch am politischen Scharfsinn von Jawaharlal Nehru und seiner Tochter Indira, und er zog es vor, in mehr privater – wenn auch einflußreicher – Eigenschaft zu handeln. Nach dem Erfolg der Janata-Partei bei den Wahlen von 1977 nominierte er in seiner Position eines «Guru» der Partei den achtzigjährigen Morarji Desai zum Regierungschef und unterstützte dessen Ansprüche auf dieses Amt. Dies war der erste verhängnisvolle Fehler, denn es gab manche junge Führerpersönlichkeiten, die das Land viel tatkräftiger hätten regieren können.

Es fiel Desai schwer, so unterschiedliche Persönlichkeiten zu einem einzigen handlungsfähigen Team zusammenzuschmieden. So kam es in der Partei allmählich zur Spaltung, die offen ausbrach, als *Charaan Singh*, der Innenminister, sich von Desai lossagte. Nachdem seine Regierung an einem Mißtrauensvotum, bei welchem Indiras Kongreßpartei eine entscheidende Rolle spielte, gescheitert war, versuchte Desai, die Partei nochmals zu einen, was ihm aber nicht gelang. Der Streit innerhalb der Partei führte zu einem eigentlichen Zerfall: Mitglieder verschiedener Parteien verließen ihre eigene Partei und wechselten zu einer anderen über. Im darauf folgenden Debakel gewann Indira eine große Anhängerschaft. Während der Vorwahlperiode zog sie zwei Monate lang mit erstaunlicher Hartnäckigkeit und Energie durchs Land und appellierte an das Volk, ihrer Partei die Stimme zu geben, wobei sie die Wiederherstellung von Gesetz und Ordnung und einen Wiederaufschwung der Wirtschaft versprach.

### Pluspunkte für Frau Gandhi

Zweifellos haben die Namen von Nehru und seiner Tochter Indira bei den indischen Massen auch heute noch großes Gewicht. Nur wenige Politiker sind so bekannt im Lande. Manche der Janata-Führer waren im Süden Indiens kaum bekannt und provozierten darüber hinaus mit ihrer Sprachpolitik – dem Versuch, der drawidisch-sprechenden Bevölkerung des Südens die Hindi-Sprache aufzuzwingen – ganze Wellen lokaler Gegnerschaft. Die Janata-Partei war auch voreingenommen gegen die muslimische Minderheit und duldete in ihren Reihen die fanatische Hindu-Organisation RSS, der der Mörder Mahatma Gandhis als Führer angehört hatte. Angesichts dieser Entwicklungen konnte die muslimische Minderheit im Norden die brutale Sterilisationskampagne von Indiras Sohn Sanjay vergessen, während das Volk im Süden, dessen große Masse die Härten der



Notstandsgesetzgebung kaum zu spüren bekommen hatte, bereit war, Indira Gandhis Rückkehr an die Macht gutzuheißen. Denn in ihren Augen hatte sich die Notstandspolitik bewährt als eine Zeit der Disziplin im öffentlichen Dienst, der Preisstabilität, der Achtung vor dem Gesetz auch außerhalb der Gefängnisse und einer ordentlichen Regierung.

Ein weiterer großer Teil der Bevölkerung, der zugunsten Indiras stimmte, scheinen die Kastenlosen (*Harijans*) gewesen zu sein. Ihre Loyalität war geteilt zwischen ihrem traditionellen Vertrauensmann *Jagjivan Ram*, selber ein Kastenloser, der über Jahre Ämter in der Zentralregierung bekleidet hatte, und Indira Gandhi. *Ram* hatte Indiras Kongreßpartei verlassen, um sich der *Janata*-Partei anzuschließen. Er hatte jedoch die *Harijans* nur selten gegen die Übergriffe verteidigt, die sie von seiten der Kastenhindus in verschiedenen Teilen des Landes – besonders in den letzten Monaten – zu erleiden hatten. Die Kastenlosen in Indien sind sich heute viel stärker der Rechte und Privilegien bewußt, welche ihnen die indische Verfassung sowohl bezüglich der Ausbildung wie bezüglich der Beschäftigung gewährt. Ihr offenes Begehren, diese Vorteile auch in Anspruch zu nehmen, hat nichts anderes als den Widerstand der Kastenhindus hervorgerufen. Nur eine starke Zentralregierung ohne Kastenvorurteile kann es sich leisten, offen für die *Harijans* einzutreten und ihre Sache zu unterstützen. *Ram* hatte nie den Mut dazu, obwohl er ein cleverer Politiker gewesen ist, der so manche Wechsel in den Parteien, die Indien regiert haben, überstanden hat.

Der politische «Nahkampf» innerhalb der besiegten *Janata*-Partei hat sicherlich das Vertrauen der Bürger in ihre politische Führerschaft untergraben. All das Gezänk um Nebeneinnahmen aufgrund eines öffentlichen Amtes, die widersprüchlichen Zielsetzungen mit entsprechender Schwäche der Regierung, die Lockerung der politischen Moral im Namen der Freiheit, die Tolerierung weitverbreiteter Korruption und die Unfähigkeit, die entscheidenden Probleme der nationalen Einigung, besonders in den nordöstlichen Grenzregionen, an die Hand zu nehmen, lenkten das Augenmerk der Öffentlichkeit auf die Fehler einer Regierung, welche man mehr aus Ablehnung der selbstherrlichen Launen der früheren Regierung als aus Sympathie für die *Janata*-Partei mit ihren widersprüchlich zusammengewürfelten Persönlichkeiten an die Macht gebracht hatte. Auch war die Wirtschaftspolitik der *Janata*-Regierung um nichts zuverlässiger oder gar ausreichend für einen wirtschaftlichen Aufschwung, der den von Armut geplagten Massen – besonders auf dem Land – hätte zugute kommen können. Zweifellos haben die drei aufeinander folgenden Jahre mit gutem Monsunregen die Ernährungslage erheblich erleichtert, aber keines der Landreformprobleme wurde entschlossen genug angepackt, um jene landwirtschaftliche Revolution herbeizuführen, die zur Überwindung der absoluten Armut und zur Stützung des industriellen Fortschritts so notwendig ist.

Der Gerichtsprozeß, der von der *Janata*-Regierung eingeleitet wurde, um Indira Gandhi für ihr fehlerhaftes Verhalten und besonders für die Untaten ihres Sohnes *Sanjay* zu bestrafen, wurde so unzulänglich durchgeführt und so lange verschleppt, daß die Öffentlichkeit mit ihrem sprichwörtlich kurzen Gedächtnis bald jedes Interesse an dem Fall verlor. Dazu kam, daß die *Janata*-Partei kaum die Untaten der früheren Regierung öffentlich anprangern konnte, um Korruption und Selbstsucht in ihren eigenen Reihen zu rechtfertigen. Für eine schlaue Politikerin wie Indira Gandhi kam die Mißwirtschaft der *Janata*-Regierung wie ein Gottesgeschenk im Hinblick auf ihre eigenen Pläne einer Rückkehr an die Macht, die ihr denn auch gelang.

Eines ist gewiß: Indira Gandhi ist trotz ihrer Hinwendung zur Sowjetregierung keine Kommunistin. Die kommunistischen Parteien Indiens, die *CPI* (Kommunistische Partei Indiens) und die *CPI-M* (Kommunistisch-Marxistische Partei), verschmähten Frau Gandhis Kongreßpartei vor den Wahlen und führten den Wahlkampf auf getrennter Plattform. Sie mögen jetzt das Gefühl haben, sie seien von der Sowjetregierung – welche Indira Gandhi so herzlich zum Sieg beglückwünscht und die traditionellen Freundschaftsbande mit dem indischen Volk erneuert hat – fallen gelassen worden. Aber Machtpolitik kennt keine Spielregeln.

## Die Zukunft der neuen Regierung

Frau Gandhi hat dem Volk die Aufrechterhaltung von Recht und Ordnung versprochen, welche für eine gute Regierung und den wirtschaftlichen Aufschwung durch Eindämmung der Inflation und Schaffung von Arbeitsplätzen wesentlich sind. In ihrem neuen Kabinett sitzt keine der alten politischen Figuren, auch nicht ihr Sohn *Sanjay*. In ihrer Rede an das Volk nach ihrer Vereidigung rief Frau Gandhi zur Versöhnung unter den Parteien auf, um gemeinsam für das Wohlergehen von Land und Volk zu arbeiten. Die Premierministerin verfügt im Unterhaus (*Lok Sabha*) über eine solide Mehrheit und kann daher mit fester Hand regieren. Diese Entwicklungen scheinen einen neuen Trend in ihrer Innenpolitik anzukündigen. Es bleibt noch abzuwarten, ob sie ihren eigenen neuen Initiativen treu bleiben will, auch dann, wenn sie auf harte Kritik von seiten einer freien Presse und auf starken Widerstand in der Regierung stoßen sollte. Gegenwärtig haben die Oppositionsparteien im Unterhaus nur wenige Sitze und sehr unterschiedliche Ideologien und Zielvorstellungen. Trotzdem können sie bei den Aktionen der Regierung den «Wachthund» spielen und über die öffentliche Meinung die Regierung dazu bringen, ihre Gesetzesvorlagen zu ändern.

Sehr wahrscheinlich wird Indira Gandhi ihr wirtschaftliches 20-Punkte-Programm, das sie in ihrer früheren Regierungszeit vorgeschlagen hatte, erneut aufs Tapet bringen. Darin hatte sie die Pläne zur Inflationsbekämpfung, zur Ankurbelung der Produktion, zur Unterbindung wirtschaftlicher Mißbräuche und zur Soforthilfe für die Armen auf dem Land umrissen. Es gibt auch einen Entwurf für den sechsten Fünfjahresplan, der auf seine Verwirklichung wartet. Infolge der extremen Dürre von 1979 wurden praktisch alle Getreidereserven von nahezu 21 Millionen Tonnen aufgezehrt. Es müssen neue Reserven angelegt werden, wenn nicht sogar Getreideimporte wegen ausbleibenden zu schwachen Monsuns notwendig werden. Indien ist immer noch stark von klimatischen Bedingungen abhängig. Die Suche nach Öl in größerem Umfang muß weiter geführt werden, da das Steigen der Ölpreise das Land jetzt schon mit großen Schulden belastet. Indien besitzt reiche Kohlenreserven und könnte seine Stahlproduktion steigern. Es ist industriell bereits sehr fortgeschritten, und seine Exporte an Fertigprodukten sind beachtlich.

Verglichen mit den ökonomischen Problemen des Landes sind die Schwierigkeiten in der politischen Sphäre viel verschwommener, und es ist viel schwieriger zu sagen, inwieweit die demokratischen Spielregeln künftig funktionieren werden. Es gibt eine ganze Anzahl von Unbekanntes; eine der wichtigsten ist die Rolle von *Sanjay Gandhi* in der neuen Regierung. Wahrscheinlich werden alle Klagen gegen ihn in einem Klima allgemeiner Versöhnung gegenstandslos werden, und er wird als einer der führenden jüngeren Politiker emporstilisiert werden, der die *Nehru*-Dynastie fortsetzt. Wie stellt sich Frau Gandhi zu den Minderheiten? Diese haben sie an die Macht gebracht und scheinen ihr mehr zu vertrauen als der *Janata*-Regierung. Auf der anderen Seite wird es Frau Gandhi leichter haben, Hindu-«Kommunalismus», (besonders paramilitärische Gruppen wie die *RSS*) unter Kontrolle zu halten. Sie wird eine strenge Linie gegen das Kastenwesen verfolgen und die Kastenlosen unterstützen müssen. Sie wird höchstwahrscheinlich an Indiens Grenzen, besonders an der Grenze zu China, strenge Vorkehrungen treffen.

All dies wären für jede Regierung hinreichend verzwickte Probleme. Man kann nur hoffen, daß sich die neue Regierung als fähig erweisen wird, diese Probleme mit vollem Einsatz und in Treue zu den Grundregeln der Demokratie anzupacken. Dazu gehört insbesondere der Respekt vor den Freiheitsrechten des Volkes: das Recht auf freie Meinungsäußerung, das Recht auf einen fairen Prozeß, das Recht, gegen Ungerechtigkeit Berufung einzulegen, und schließlich das Recht, eine Regierung zurückzuweisen, welche diese Rechte gleichgültig mit Füßen tritt.

*Aloysius Fonseca SJ, New Delhi/Rom*

DER AUTOR ist Konsultor des Indian Social Institute in New Delhi und Redaktionsmitglied von *La Civiltà Cattolica* in Rom. Die Übersetzung aus dem Englischen besorgte Karl Weber.

# Religionsgeschichte ist auch Sozialgeschichte

Zur Deutung des chinesischen Mythos der Trennung von Himmel und Erde

Der Mythos der Trennung von Himmel und Erde begegnet in vielen Kulturen<sup>1</sup>. Aus China kommt uns dieser Mythos besonders lebendig entgegen: erstens, weil dort sehr früh – vor und während der 1. Han-Dynastie, d. h. zum größten Teil noch vor unserer Zeitrechnung – fast alle aus der chinesischen archaischen Zeit und Antike verfügbaren Überlieferungen niedergeschrieben und somit der Nachwelt erhalten wurden; zweitens, weil in China die philosophische und bald auch die historische Reflexion sehr früh eingesetzt haben (Sima Qian, der große Historiker der Han-Dynastie, schrieb um 100 v. u. Z. die erste *Gesamtgeschichte Chinas*, in welcher ab 841 v. u. Z. alle Ereignisse datiert sind!). Der genannte Mythos selbst kommt dabei in sieben klassischen Werken vor, die praktisch alle vor unserer Zeitrechnung endgültig niedergeschrieben wurden<sup>2</sup>.

Dieser Mythos hat die damaligen Gelehrten – sie lebten an einem Wendepunkt der chinesischen Geschichte (die Einigung des Reiches war im Jahre 221 v. u. Z. erfolgt) – wahrscheinlich deshalb so interessiert, weil er ein Zeugnis einer grundlegenden Wende im Selbstverständnis der Menschen ist. Das ist er deshalb, weil er sozusagen an einem früheren Wendepunkt der chinesischen Kulturgeschichte angesiedelt ist: die Zeit, in welcher die Trennung des «Profanen» vom «Sakralen» stattfand und in welcher die «Politik» entstand: die Zeit des Übergangs von der *archaischen Welt* zur *antiken Welt*<sup>3</sup>. Die archaische oder (im ethnologischen Sinne) «primitive» Welt war vollständig in einem tief religiösen Welterlebnis eingebettet: es gab keine Erscheinung des Lebens oder der Natur, die nicht in irgendeiner Form mit der Geisterwelt in Verbindung gestanden hätte. Weiß man um diese Tatsache, so kann man den Bruch ermessen, der in der Geschichte mit dem Bewußtsein entstand, es könnte doch einen Bereich geben, der faktisch dem Menschen vorbehalten wäre – in unserer Sprache: ein säkularer Bereich – und Erde und Himmel seien zwei verschiedene Größen.

Diese Trennung von «Religion» und «Politik» ist aber um so interessanter, als sie mit vielen anderen historischen Phänomenen einherzugehen scheint: Trennung von «einheimischen» und «barbarischen» Stämmen, Aufkommen eines Strafrechts, Übergang vom Totenkult zum Ahnenkult, Stellung des Ahnenkults im Dienste der politischen Macht des herrschenden Clans usw. All dies gilt übrigens nicht nur für China<sup>4</sup>.

Viele dieser Erscheinungen kommen interessanterweise in verschlüsselter Form in einem alten chinesischen Text vor, der gerade diese «Trennung von Himmel und Erde» behandelt: es handelt sich um einen Teil des Kapitels *Chuyü* aus dem Buch *Guoyü*. Dieses Buch ist ein historisches Werk über die Chun-qi-Zeit («Frühling- und Herbstperiode») der chinesischen Geschichte, traditionellerweise in die Jahre 770–475 v. u. Z. datiert, deren mündliche Überlieferung eben in der Han-Zeit schriftlich fixiert wurde<sup>5</sup>. Der Gedanke lag nahe, dem religions-

historisch und sozialhistorisch interessierten Leser diese Überlieferung aus alten Zeiten in vollständiger Übersetzung zur Verfügung zu stellen (vgl. den nebenstehenden *Kasten*) und im Hinblick auf die Frage der Entstehung der «Politik» und des Staates zu kommentieren<sup>6</sup>.

## Symbolisch Verschlüsseltes historisch gedeutet

Wie kann man diesen Text historisch interpretieren? Nach meinem Dafürhalten werden in der Darstellung des «Chuyü»-Kapitels in verschlüsselter Sprache *fünf wichtige historische Phasen* unterschieden, die wahrscheinlich bestimmte Aspekte der geschichtlichen Wirklichkeit der archaischen Periode und des Übergangs in die Antike symbolisch wiedergeben.

► *Phase 1* (entspricht den Textabschnitten B und C): Es gibt offenbar noch keine Obrigkeit, denn die Menschen können sich einmütig über das, was «richtig» und «wesentlich» ist, einigen; alle besitzen «Weisheit» und «Wissen». Es braucht also keinen von einer Obrigkeit oder einer Kirche ausgeübten Zwang. Der Text ist eine dumpfe Erinnerung an das Goldene Zeitalter, an den Zustand des politisch gewaltfreien Lebens in der natürlichen Stammesordnung, den Zustand des sogenannten Urkommunismus, (wie Engels sagte), wie man ihn bei Naturvölkern (Borneo, Mentawai-Inseln usw.) z. T. heute noch antrifft. Alle Menschen – nicht nur eine begrenzte Gruppe von «Schamanen» – haben Zugang zu religiösen Erlebnissen und können Kontakt mit der Geisterwelt aufnehmen. Daß denjenigen Menschen, von deren Gemüt die Geister Besitz genommen haben, bestimmte Funktionen bezüglich Ahnentafeln, Kleider usw. zugeschrieben werden, ist offensichtlich eine Projektion des späteren Han-Autors. Sowohl die Ethnologie wie die Untersuchung des chinesischen Altertums zeigen nämlich<sup>7</sup>, daß dem Zustand «Urkommunismus/allgemeine religiöse Tätigkeit aller» die Phase des Totenkults entspricht. Der Ahnenkult entsteht erst später, z. T. als ideologische Rechtfertigung der Macht gewisser Clans (vgl. Phase 5).

► *Phase 2* (entspricht den Abschnitten D–F): Die Nachkommen bestimmter «Heiliger» bekommen nun eine gewisse – noch ausschließliche religiöse – Verantwortung. Es ist die Zeit der «Zho», die nicht nur für das Verhalten gegenüber der Geisterwelt, sondern nun auch für verschiedene Rituale verantwortlich sind (Abschnitt D). Es gibt aber inzwischen auch «namhafte Geschlechter», also offenbar bevorzugte Clans, aus denen die «Zong» («Zeremonienmeister») gewählt werden; diese haben eher diesseitige Aufgaben inne (Gefäße, Utensilien, «besondere Dienste», Landwirtschaft usw.), wiewohl vieles davon noch im Zusammenhang mit der Religion steht. Es ist wohl der Anfang einer gesellschaftsinternen Differenzierung von Funktionen, aber wahrscheinlich noch nicht von Klassen. Man könnte eher nach E. R. Service<sup>8</sup> von einer «Ranggesellschaft» sprechen. Besonders interessant: die *Zeit* wird von den bevorzugten Geschlechtern in Besitz genommen, sie «wissen Bescheid, was in den vier Jahreszeiten entsteht». Der Ahnenkult scheint im Entstehen begriffen zu sein (Die «Herkunft der Geschlechter» ist wichtig geworden), wenn auch der Totenkult wahrscheinlich noch fort dauert (vgl. Phase 3).

► *Phase 3* (entspricht Abschnitt G): Hier erfolgt die Dekadenz des vorher beschriebenen Systems und die Auflehnung der – wahrscheinlich urkommunistischen – «Neun Li»<sup>9</sup>, die sich nicht in ein Herrschaftssystem integrieren lassen

<sup>6</sup> Diesen Text habe ich zusammen mit Prof. Dr. Robert P. Kramers (Ordinarius für Sinologie an der Universität Zürich) übersetzt. Für die Textredaktion bin ich allein verantwortlich, für die historische Interpretation ebenfalls. Der den Himmel-Erde-Trennungsmythos enthaltende Teil des Kapitels *Chuyü* («Annalen von Chu») des *Guoyü* («Landesannalen») wurde schon von den Sinologen Legge (1814–1895), Karlgren und Münke (beide wirkten in unserem Jahrhundert) teilweise übersetzt. Für unsere Übersetzung haben wir die *Guoyü*-Ausgabe der «Commercial Press» (Shanghai 1931) mit dem Kommentar von Wei Zhao benützt.

<sup>7</sup> Siehe R. Homann (a. a. O.). Man beachte darin auch die Relativierung des «Schamanen»-Begriffs für das alte China (S. 150ff.).

<sup>8</sup> E. R. Service, *Ursprünge des Staates und der Zivilisation*, Frankfurt 1977.

<sup>9</sup> Die «Neun Li» stehen symbolisch für eine Bevölkerungsgruppe, die sich im antiken China lange Zeit gegen die in der Region des Gelben Flusses beherrschende Zentralgewalt zur Wehr setzte. Die häufige Erwähnung der «Neun Li» bei den Klassikern (das gilt auch für die «Drei Miao», vgl. Phase 5) unterstreicht die Bedeutung des langen Widerstands gegen die hierarchische Strukturierung der Gesellschaft, eines Widerstands, der sich in den vielen, oft egalitären «Bauernaufständen» der Geschichte Chinas fortgesetzt hat.

<sup>1</sup> Die vielleicht gründlichste Arbeit über dieses Thema hat Willibald Staudacher in seiner Dissertation «Die Trennung von Himmel und Erde» (Darmstadt 1968) geliefert.

<sup>2</sup> 1. *Guoyü*, Kapitel Chuyü (unser Text); 2. *Shiji* 74, 1, b und 97, 2, 3b; 3. *Hanshu*, Jiao si zhi, Kap. 25; 4. *Shujing*, Buch Lüxing; 5. *HanFeizi*, 20, 6, 4b–5a; 6. *Wenxuan*, Kap. 48; 7. *Huainanzi*, 2, 2a.

<sup>3</sup> Unter «archaische Welt» kann man grob das späte Paläolithikum und das Neolithikum einordnen; als «antike Welt» läßt sich grob die Bronzezeit bezeichnen.

<sup>4</sup> Vgl. z. B. D. Ribeiro, *Der zivilisatorische Prozeß*, Frankfurt 1971, und R. Homann, *Der Übergang von der archaischen zur antiken Religion in China*, Zürich 1978 (Manuskript; soll 1980 veröffentlicht werden, aber der Verlag steht noch nicht fest).

<sup>5</sup> Vgl. Jacques Gernet, *Le monde chinois*, Paris 1972, S. 95 und 198 (dt. Übers.: *Die chinesische Welt*, Frankfurt: Insel-Verlag 1979).

- (A) König Zhao von Chu<sup>(a)</sup> fragte (seinen Minister) Guan Shefu: «Was bedeutet die Erklärung in den Annalen der Zhou-Dynastie<sup>(b)</sup>, wonach Zhong und Li (im Altertum) tatsächlich veranlaßt hätten, daß es keinen Durchgang mehr zwischen Himmel und Erde gab? Hätten sie das nicht getan, hätte dann das Volk wirklich die Möglichkeit gehabt, in den Himmel zu steigen?»
- (B) Er antwortete, es sei nicht so zu verstehen. Im Altertum seien Volk und Geister nicht vermischt gewesen. Die Seele der Menschen war noch nicht gespalten, sie konnten einmütig das, was wesentlich und was richtig ist, respektieren. Dank ihrem Wissen waren sie imstande, sich entsprechend dem, was sich für oben und unten geziemt, zu verhalten. Dank ihrer Weisheit waren sie imstande, das Licht ihrer Integrität zu verbreiten und bis in die Ferne erstrahlen zu lassen, dank ihrer Hellsichtigkeit waren sie imstande, alles zu beleuchten; dank ihrer Hellhörigkeit waren sie imstande, alles zu durchdringen.
- (C) So kam es, daß die leuchtenden Geister<sup>(c)</sup> zu ihnen herunterkamen: Nahmen sie Besitz von einem Mann, so nannte man ihn «Xi» (männlicher «Schamane»: Übers.). Waren sie in einer Frau anwesend, so nannte man sie «Wu» (weibliche «Schamanin»). Diese «Schamanen» klärten die Rangordnung der Geister und ordneten die Positionen der Ahnentafeln. Man bestimmte für sie die Opfertiere und die Opfergefäße und wählte die für die Jahreszeit passende Kleidung.
- (D) Später veranlaßte man, daß die erleuchteten Nachkommen der frühen Heiligen, welche die Benennung von Bergen und Flüssen, die Ahnentafeln des Urahnens, den Dienst im Ahnentempel und die Generationenordnung der Väter- und Mütterahnentafeln, die Verhaltens- und

Während der Dekadenzeit des Shao Hao wurden die Neun Li ordnungswidrig und bössartig. Geister und Menschen kamen durcheinander, man konnte die Dinge nicht mehr in die richtige Ordnung bringen. Wollten die Menschen Opfer darbringen, dann setzten die Familien «Schamanen» und «Zeremonienmeister» ein. Es gab keine Aufrichtigkeit mehr. Das Volk meinte, daß die Schwierigkeiten bei den Opfertieren lagen und wußte nicht mehr um sein Glück. Für die Opfer gab es kein Maß mehr, das Volk und die Geister hatten gleichen Rang, die Leute nahmen die feierlichen Schwüre nicht ernst, es gab keine strenge, ehrfurchtgebietende Stimmung mehr. Die Geister nahmen die Werte, die vom Volk kamen, nicht mehr ernst, und heiligten ihr Tun nicht mehr. Sie sandten keine guten Ernten mehr hinunter, weshalb man unten auch nichts hatte, was man den Geistern hätte opfern können. Naturkatastrophen traten wiederholt auf, niemand starb mehr eines natürlichen Todes.

Als Zhuanxü die Erbfolge antrat, da befahl er Zhong, dem Vorsteher des Südens, den Himmel zu überwachen und die Geister darin zu versammeln. Er befahl Li, dem Vorsteher des Feuers, die Erde zu überwachen und die Menschen dort zu versammeln. So wurde die alte Ordnung wiederhergestellt; man kam sich nicht mehr gegenseitig in den Weg und störte einander nicht mehr. Dies ist die Bedeutung des Wortes, daß der Verkehr zwischen Himmel und Erde unterbrochen wurde.

Später nahmen die drei Miao die üblen Lehren der Neun Li wieder auf. Yao setzte wiederum diejenigen Nachkommen von Zhong und Li ein, welche die alten Ämter nicht vergessen hatten und veranlaßte, daß sie sie wieder aufnahmen. So ging es weiter bis zu den Xia- und Shang-

## «Wie sollten Himmel und Erde einander nahe sein?»

Respektordnung, die richtige Abfolge der Rituale, die Regeln für Aussehen und Dekor, die richtigen äußeren Manieren, die Echtheit von Loyalität und Ehrlichkeit, die für die rituellen Reinigungen bei Ahnenopfern vorgeschriebenen Kleider kannten und so für den notwendigen Respekt den leuchtenden Geistern gegenüber bürgten – diejenigen also, die das alles kannten, die machte man zu «Zho».

- (E) Man sah zu, daß die Nachkommen der namhaften Geschlechter, welche Bescheid wußten, was in den vier Jahreszeiten entsteht, welche Tiere sich als Opfertiere eignen, (welche Bescheid wußten über) die Arten von Jade und Seide, die Organisation der besonderen Dienste, das Maß der Opfergefäße und Utensilien, die Beurteilung der Ahnentafelnreihenfolge, die Position der Wandschirme, die Orientierung der Altäre, die hohen und niedrigen Geister, die Herkunft der Geschlechter – diejenigen also, die sich mit ganzem Herzen dafür einsetzten, daß man den alten Gesetzen folge: bei denen sah man zu, daß sie zu «Zong» («Zeremonienmeistern») gemacht wurden.
- (F) Daraufhin gab es Ämter für Himmel, Erde, Geister, Volk und die (verschiedenen) Klassen der Dinge. Es waren die sogenannten «Fünf Ämter». Jedes dieser Ämter überwachte die Reihenfolge (der Handlungen), damit sie sich nicht gegenseitig störten. So konnte das Volk Treue und Vertrauen zeigen, und die Geister konnten leuchtende Kraft ausstrahlen. Zwischen den Verantwortungsbereichen von Geistern und Menschen gab es eine klare Trennung. Das Volk war respektvoll und nicht verdorben durch Profanität, die Geister sicherten ihm deshalb ein gutes Leben. Die Menschen brachten Opfergegenstände dar; Unglück und Katastrophen wurden dadurch abgewendet. Den Bitten folgte unweigerlich die Erfüllung.

(Dynastien).<sup>(d)</sup> Deshalb hielten die Clans von Zhong und Li die Ordnung von Himmel und Erde von Generation zu Generation aufrecht, und so hielten sie auch ihre gegenseitigen Herrschaftspositionen auseinander.

In der Zeit der Zhou-Dynastie war der «Graf» von Cheng, Xiufu, ihr Nachkomme. Zur Zeit des Königs Xüan verlor er sein Amt und wurde zum Marschall gemacht. Er verehrte und vergöttlichte seine Ahnen, um sich Würde beim Volk zu verleihen, und sagte, Zhong habe den Himmel aufgestoßen und Li habe die Erde hinuntergedrückt.

In diesen schlechten Zeiten war niemand fähig, dieser Behauptung einen Gegenbeweis entgegenzustellen. Sie ist aber nicht richtig, denn Himmel und Erde haben je ihre Gestalt, und man kann sie nicht ändern. Wie sollten sie einander nahe sein?

a) Dieser König regierte 514–488 v. u. Z.

b) Die Zhou-Dynastie herrscht vom 11. Jh. v. u. Z. bis zum Jahre 206 v. u. Z. und wird in westliche und östliche Zhou-Dynastie unterteilt. Die Chunqiu-Zeit stellt den ersten Teil der östlichen Dynastie dar.

c) Die «leuchtenden Geister»: damit kann eine jenseitige, sakrale Eigenschaft gemeint sein oder aber einfach ein Leuchten, eine Strahlung. Die Ethnologie zeigt, daß viele Naturvölker die Seele als etwas Leuchtendes betrachten. Eine ähnliche Überzeugung gibt es bei vielen späteren Mystikern. Im ältesten chinesischen Klassiker, *Shijing* (Buch der Oden), findet man z. B. folgende Stelle (Übersetzung von Waley, 1954, S. 226 der Übersetzung): «There has been an answer in heaven/swiftly they (d. h. die Geister) flit through the temple/very bright, very glorious/showing no distaste towards men.»

d) Die mythische Xia-Dynastie wird traditionell in die Zeit vom 21. bis zum 16. Jh. v. u. Z., die Shang-Dynastie in die Zeit vom 16. bis zum 11. Jh. v. u. Z. datiert. Man sieht, daß der Guoyü-Autor die Himmel-Erde-Trennung noch weit vor der Xia-Dynastie ansetzt. Die sog. Dynastien sind bis zur Reichseinigung unter Qin Shihuangdi gar keine eigentlichen Dynastien. China ist damals eher eine lose Konföderation von Clans und später von Feudalstaaten gewesen (wobei die Begriffe «Konföderation» oder «feudal» nicht wörtlich-westlich verstanden werden dürfen!).

wollen. Die althergebrachte Ordnung gerät ins Wanken. Daß der Han-Interpret diesem Zustand Naturkatastrophen zuordnet, entspricht einer Projektion der in der Han-Zeit in hohem Ansehen stehenden Fünf-Elementen-Theorie (Wu-xing-Theorie). In der Phase 3 scheinen Toten- und Ahnenkult immer noch nebeneinander zu existieren: «Schamanen» (in Wirklichkeit wahrscheinlich Mitglieder der Orakelpriester-Schicht, vgl. auch Anm. 7) und Zeremonienmeister werden gleichzeitig eingesetzt. Wir sind noch in der Übergangszeit, aber die Entwicklung mit ihren Zerfallserscheinungen beschleunigt sich.

► **Phase 4** (entspricht Abschnitt H): Symbolische Vision als Darstellung eines historischen Prozesses: ein bestimmter König – Zhuanxu – «trennt» endgültig das Diesseitige vom Jenseitigen. Es entsteht eine *politische* Macht, die von der religiösen Autorität fortan verschieden ist: Erde und Himmel werden klar auseinandergehalten (es versteht sich allerdings von selbst, daß dies mit einer Wiederherstellung der «alten Ordnung» nichts zu tun hat), und neue *Führer* sorgen für Ordnung im Bereich des Diesseits und des «diesseitigen» Jenseits: die Erde wird überwacht (Politik, soziale Gewalt) und der «Himmel» ebenfalls (Religion, moralische Gewalt).

► **Phase 5** (entspricht den Abschnitten I-K): Später wehren sich gewisse Clans (hier die Drei Miao, vgl. Anm. 9) wieder gegen die endgültige Unterwerfung, gegen die endgültige Abgrenzung von *Territorien* und gegen die Aufteilung in «Oben» und «Unten» (was natürlich sozial gemeint ist). Sie werden unterworfen. Die Clans, die für Ordnung sorgen, d. h. die im Rahmen ihrer «Herrschaftspositionen» die politische Macht ausüben, geben sich diese Macht von Generation zu Generation weiter: es ist eine herrschende Schicht entstanden, und die Verwandtschaftsstrukturen sind politisch dominant geworden. Der Ahnenkult wird zur Ideologie dieser erbaren Machtausübung. Machtkämpfe unter den machtausübenden Clans (im Text erleben wir einen Clanführer, der versucht, aufgrund der Taten seiner Ahnen seine Position zu verstärken!) geben die Richtung an, in welcher sich nun die Geschichte der späteren Bronzezeit Chinas weiterentwickeln wird.

#### «Hochkulturen»: um welchen Preis?

Es ist hier nicht der Ort, mehr an Beweisführung zu liefern (dazu wäre ein ganzes Buch notwendig!) und die diesbezügliche chinesische Frühgeschichte mit allen archäologischen und religionshistorischen Indizien im Detail zu untersuchen. Ich wollte nur einen wichtigen Text in vollständiger Übersetzung sowie den Ansatz einer Interpretation liefern, und zwar in der Absicht, einen kleinen Beitrag zur wichtigen Diskussion über die Entstehung des Staates zu leisten. Ich hoffe, daß das vorliegende Material zu diesem Zweck bei den Historikern Verwendung finden wird.

In einem Punkt möchte ich nicht mißverstanden werden: ich habe nicht vor, eine Rousseausche Apologie der Urkommunisten zu versuchen<sup>10</sup>. Höchst interessant ist aber die Tatsache,



ORIENTIERUNG

*Herausgeber:* Institut für weltanschauliche Fragen  
*Redaktion:* Ludwig Kaufmann, Karl Weber, Jakob David, Albert Ebnetter, Mario v. Galli, Robert Hotz, Clemens Locher, Josef Renggli, Josef Rudin  
*Ständige Mitarbeiter:* Paul Erbrich (München), Raymond Schwager (Innsbruck), Pietro Selvatico (Fribourg)

*Anschrift* von Redaktion und Administration:  
Scheideggstr. 45, CH-8002 Zürich, Ø (01) 2010760  
*Bestellungen, Abonnemente:* Administration

*Einzahlungen:* «Orientierung, Zürich»

*Schweiz:* Postcheck Zürich 80-27842

Schweiz. Kreditanstalt Zürich-Enge Konto  
Nr. 0842-556967-61

*Deutschland:* Postscheckkonto Stuttgart 6290-700

*Österreich:* Postsparkasse Wien, Konto Nr. 2390.127

*Italien:* Postscheckkonto Rom Nr. 29290004

*Abonnementspreise 1980:*

*Schweiz:* Fr. 32.- / Halbjahr Fr. 17.50 / Studenten Fr. 24.-

*Deutschland:* DM 35.- / Halbjahr DM 19,50 / Studenten DM 26.-

*Österreich:* öS 260.- / Halbjahr öS 150.- / Studenten öS 180.-

*Übrige Länder:* sFr. 32.- plus Versandkosten

*Gönnernabonnement:* Fr./DM 40.-. (Der Mehrbetrag wird dem Fonds für Abonnemente in Ländern mit behindertem Zahlungsverkehr zugeführt.)

*Einzelexemplar:* Fr. 1.80 / DM 2.- / öS 15.-

AZ

Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion

8002 Zürich

Unser Kirchspiel mit den beiden Pfarreien **Leuggern** und **Kleindöttingen** (Kanton Aargau, am Rhein) sucht auf Anfang August 1980 oder nach Vereinbarung

## vollamtliche(n) Laientheologen(in) oder Katecheten(in)

Arbeitsgebiete: Religionsunterricht auf der Oberstufe (Real-, Sekundar-, Bezirksschule); Jugendarbeit; Mitgestaltung und Mitwirken bei Erwachsenen- und Kindergottesdiensten; Erwachsenenbildung.

Wir bieten zeitgemäße Besoldung (inkl. Sozialleistungen, Pensionskasse) und schön gelegenes, neuerstelltes eigenes Haus.

Weitere Auskünfte erteilt: Pfarrer Peter Manternach, Kath. Pfarramt, CH-5316 Leuggern, Tel. (056) 45 24 00.

daß es diese urkommunistischen Phasen – in vielen mehr oder weniger friedlichen Varianten – am Anfang der Geschichte der Völker fast überall gegeben hat. Interessant ist ferner, daß diese Phasen in der Erinnerung fast aller Hochkulturen als «glücklich» («paradiesisch») überliefert wurden. Interessant ist schließlich, daß die meisten Völker Mechanismen zur Verhinderung von hierarchischer Ausdifferenzierung innerhalb des einzelnen Stammes besaßen. Diese Mechanismen haben in den meisten Kulturen versagt. Da, wo sie nicht versagt haben, sind die Menschen sogenannte Naturvölker geblieben. Dort, wo sie versagt haben, sind Klassen, Unterdrückung, Krieg, Folter und Fließbandarbeit entstanden – aber auch Literatur, symphonische Musik, Malerei, Architektur und Poesie. Ich weiß selber nicht, ob der Preis der sogenannten Hochkulturen zu hoch war oder nicht. Ich weiß nur, daß wir fähig sein sollten, bewußt auf eine konviviale Gesellschaft hinzuarbeiten.

Eine Bemerkung über die moderne Forschung im Westen sei zum Schluß angefügt: Es ist faszinierend zu beobachten, wie intensiv Ethnologen, Historiker und andere Wissenschaftler seit einigen Jahren die Ursprünge und die Entwicklung des Staates kritisch erforschen. Hängt das nicht damit zusammen, daß wir uns – in der industrialisierten westlichen Welt – an der Schwelle zum nachindustriellen Zeitalter befinden? An der Schwelle zu einer Welt also, die – vielen Voraussagen zufolge – aus einer großen Zahl kleiner und kleinerer, energetisch und politisch autonomer, dezentralisiert-vernetzter, konvivialer Gemeinschaften bestehen wird; zu einer Welt, in welcher der klassische zentralisierte Staat absterben wird.

Es ist interessant festzustellen, daß demgegenüber im sogenannten sozialistischen Lager die Forschung über die Ursprünge und das Absterben des Staates viel weniger intensiv betrieben wird – und dies, obwohl sich diese Staaten ideologisch auf Marx berufen, der die Theorie vom Absterben des Staates schon vor hundert Jahren denkerisch begründet hat. Das beobachtete Phänomen hat wohl nur sehr wenig mit Marx zu tun – viel dagegen mit der Wirtschaft. Das sozialistische Lager ist noch voll im Industriezeitalter begriffen, mit den Problemen der nachindustriellen Ära ist es noch kaum konfrontiert.

Jean-Pierre Voiret, Thalwil

<sup>10</sup> Allein schon die kurze durchschnittliche Lebenserwartung bei allen Naturvölkern – auch ohne den Einfluß von weißen Schnapsbrennern – nimmt der Rousseauschen Naturvölkeridylle viel von ihrer Attraktivität.